

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM, ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

Nummer 8/15. Jahrgang

22. April 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Antimilitarismus jetzt unterstützen!

FRIEDENSBEWEGUNG

Jäger 2000 stoppen — soziale Sicherheit schaffen

Unter dieser Losung haben Gruppen der Friedensbewegung eine Kampagne gegen den „Jäger 2000“ (Ex-Jäger 90) und die Hochrüstungspolitik der Bundesregierung gestartet. Hier der Aufruf.

Mindestens 50 Mrd. DM sollen für die Entwicklung und Herstellung eines neuen europäischen Jagdflugzeuges ausgegeben werden — für den in „Eurofighter 2000“ umgetauften „Jäger 90“. Gleichzeitig wird im Sozialbereich massiv eingespart.

Immer mehr Menschen leben in Armut. Untersuchungen sprechen von über sieben Millionen Armen. Ältere Frauen, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Langzeitarbeitslose und Pflegebedürftige sind dabei am härtesten betroffen. Ihre Existenzgrundlage wird zerstört. Mindestens vier Millionen Menschen sind arbeitslos. Auch auf dem Wohnungsmarkt wird die Kluft zwischen arm und reich immer größer: Bezahlbare Wohnungen fehlen, neue „soziale Brennpunkte“ entstehen, die Zahl der Obdachlosen wird auf 850 000 Personen geschätzt. Der Bundeshaushalt '94 zeigt, wie ungleich die Kürzungen verteilt werden: Von 21 Mrd. DM Einsparungen gehen allein 16 Mrd. zu Lasten des Sozialbereichs. Gleichzeitig werden in Milliardenhöhe Subventionen und Steuervergünstigungen für Reiche vergeben.

So erhält der größte deutsche Konzern, Daimler Benz, mit seinem Luft- und Raumfahrtunternehmen Deutsche Aerospace allein 9 Mrd. DM an Steuergeldern für die Entwicklung des Jägers. Obwohl selbst die Bundesregierung nicht mehr von einer militärischen Bedrohung Deutschlands ausgeht, wird ein neuer Jäger entwickelt ... — ein neuer Aufrüstungsschritt. Um den „Jäger 2000“ überhaupt finanzieren zu können, sollen zwei Drittel der zu bauenden Kampfflugzeuge weltweit exportiert werden. Rüstungsexporte verschärfen Konflikte und Kriege und zerstören die Lebensgrundlagen der Menschen. Aus all diesen Gründen lehnen wir sowohl den Bau des „Jägers 2000“ als auch die Anschaffung eines anderen Jagdflugzeuges ab.

Wir bitten den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, die Bundesregierung aufzufordern, die Planungen für den „Eurofighter 2000“ sofort zu stoppen und freiwerdende Gelder dem Sozial- und dem Umweltaushalt zuzuführen.



Mit Gleisblockaden, Flugblattaktionen und Kundgebungen protestierten in Berlin und anderen Städten Anfang April Mitglieder der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ gegen den gleichzeitig stattfindenden Rekruteneinzug. Ein ausführlicher Bericht über diese Aktionen auf Seite 12. — (rül, Foto: Günther Martin)

Balkankonflikt

SPD knickt voll auf Regierungslinie ein, CDU und FDP betreiben Kriegseinsatz

Jubelstimmung kam am vergangenen Donnerstag im Deutschen Bundestag auf. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien begrüßten einhellig die Kampfeinsätze von Nato-Flugzeugen auf serbische Stellungen in Bosnien. In einer Kriegsresolution, eingebracht von der CDU/CSU und FDP, wird verlangt, daß solche Einsätze erneut durchgeführt werden müssen. Besonders hervorgehoben wurde auch der Einsatz deutscher Offiziere in den AWACS-Aufklärungsflugzeugen der NATO. Am Verhalten der Sozialdemokraten wurde deutlich, daß eine bürgerliche Kriegscoalition immer enger zusammenrückt. Obwohl die SPD vor dem Bundesverfassungsgericht gegen einen Einsatz deutscher Offiziere in den AWACS-Maschinen klagt, stimmte sie der Resolution von CDU/CSU/FDP einhellig zu, in der genau dieser Einsatz positiv gewürdigt wird.

Das Vorstellungsgespräch des SPD-Vorsitzenden Scharping bei der US-Regierung in der vergangenen Woche hatte

noch einmal für einen stärkeren Schulterschuß in der gemeinsamen bürgerlichen Außenpolitik geführt. Mit der SPD wird es keine Änderung in der bundesdeutschen Außenpolitik im Verhältnis zur USA geben. Folgerichtig meinte

**Auf Seite 13 bis 15:
PDS-Diskussion: Alltags-
bewußtsein und Politik**

dann auch unterwürfig der SPD-Fraktionsvorsitzende Klose im Bundestag: die Lage hätte sich verbessert, weil die NATO unter Führung der USA in die Kämpfe eingegriffen habe. Scharping sagte in Washington, daß es kaum vorstellbar sei, daß UNO-Truppen in den nächsten Jahren Einsätze unternähmen, an denen Deutsche nicht teilnehmen könnten, selbst wenn der Grund-

satz der SPD gelte, sich an „aktiver Kriegführung“ nicht zu beteiligen. (SZ, 14.4.94)

Der Schlüssel für solche UN-Einsätze liegt in dem Vorhaben des UNO-Generalsekretärs, eine eigene schnelle Eingreiftruppe der UNO aufzubauen. Bei seinem Besuch in Bonn schlug Ghali vor, daß die Bundeswehr ein Kontingent von bis zu 4000 Mann für diese Truppe zur Verfügung stellen sollte. Außenminister Kinkel nahm diesen Wunsch gern zur Kenntnis, mußte aber auf die noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verweisen. Ende Mai, Anfang Juni entscheidet das Gericht über den Auslandseinsatz der Bundeswehr. Bei Redaktionsschluß hatte die der Entscheidung vorgeschaltete öffentliche Anhörung in diesem Verfahren in Karlsruhe gerade begonnen.

Wie sicher aber die Bundesregierung sich ihrer Sache jetzt schon ist, zeigt die Formulierung Kinkels, daß ein Einsatz Fortsetzung Seite 2 oben

Fortsetzung von Seite 1:

Balkankonflikt ...

der Bundeswehr an UNO-Einsätzen erst nach der Entscheidung stattfinden wird.

Kohl und Kinkel rechnen fest mit Karlsruher Billigung

Daß das Gericht anders beschließt, ist für die Bundesregierung ausgeschlossen.

Sich ihrer Sache gewiß, beginnen die bürgerlichen Parteien schon für den Tag der neuen Verfassung vorzuarbeiten. Auf einer Tagung des CDU-Präsidiums kurz vor der Ghali-Visite wurde die Propagierung und die Durchführung des Auslandseinsatzes der Bundeswehr als zentrales Wahlkampfthema festge-

CDU: Auslandseinsätze als zentrales Wahlthema

stellt. Die SPD soll in Zugzwang gebracht werden und im vollen Umfang Auslandseinsätze der Bundeswehr mittragen. Wie wir oben gesehen haben, muß man die SPD da nicht mehr viel drücken. Das CDU-Präsidium will, daß im ehemaligen Jugoslawien Pioniertruppen eingesetzt werden. CDU-Fraktionsvorsitzender Schäuble behauptet gar, ein sinnvoller Einsatz der NATO sei ohne Beteiligung der Bundeswehr unmöglich (SZ, 13. 4. 94).

Parallel zu den Beratungen der Parteigremien der CDU zum Balkankonflikt werden auch öffentlichkeitswirksame Propagandastricke ausgelegt. So unterstützten prominente CDU-Abgeordnete eine Demonstration zum Bosnienkonflikt am vergangenen Wochenende in Bonn. Rita Süsmuth, Stefan Schwarz und der ehemalige Postmini-



„Sie können jetzt den Botschafter Frankreichs hereinbitten!“

Stuttgarter Zeitung

ster Schwarz-Schilling organisierten die Aktion mit. Gerade Schwarz-Schilling scheint hier die Aufgabe zu haben, unabhängig von einem Ministeramt das auszusprechen, was die Bundesregierung aus verfassungsmäßigen Gründen nicht laut sagen darf. Er wird damit zu einem indirekten Sprachrohr der Kohl-Regierung. Er sagt nämlich laut und deutlich, daß deutsche Luft- und Seestreitkräfte voll in den Einsatz nach Bosnien gehen sollen.

Während im Lande die Propagandamaschine für den Auslandseinsatz läuft, sondiert Außenminister Kinkel vor Ort Möglichkeiten der Einflußnahme. Relativ unbeachtet von der hiesigen

Presse begab sich Kinkel am vergangenen Donnerstag/Freitag auf Kurzbesuch nach Albanien, Bulgarien und Ungarn. Nicht ohne Zufall führte er seine Gespräche mit der albanischen Regierung gerade in dem Moment, wo diese in einem heftigen Clinch mit der griechischen Regierung liegt. Sezessionisten der griechischen Minderheit in Albanien versuchen, Teile Albaniens, die sie als Nordepirus bezeichnen, Griechenland anzugliedern. Unterstützt werden sie von der griechischen Orthodoxen Kirche, die einen Kreuzzug gegen die angebliche Islamisierung Albaniens führt. Dieser Konflikt kommt der EG und Kinkel gerade recht. Griechenland

hat sich durch seinen Streit mit der Republik Mazedonien, vor allem aber durch seine kritische Haltung gegenüber der bundesdeutschen Balkanpolitik viele Feinde gemacht.

Kinkel hetzt schon wieder

Mit Genugtuung wird Kinkel daher der albanischen Regierung Unterstützung der deutschen Regierung angeboten haben, um Griechenland zur Raison zu bringen. Wie brandgefährlich eine solche Politik sein kann, sahen wir am Beginn des Balkankonflikts. Auch hier hatte sich die Bundesregierung hinter die Sezessionsbestrebungen Kroatiens und Bosniens gestellt. Die herrschenden Klassen in diesen Ländern fühlte sich durch diese Schutzmacht entsprechend gestärkt, um ihre Interessen auf dem Balkan durchzusetzen. Das Ergebnis kennen wir: Verbranntes Land, Hunderttausende von Toten, Millionen von Flüchtlingen. Man muß wirklich kein Hellseher sein, um sich die Folge des Kinkelbesuchs auszumalen.

Der albanische Verteidigungsminister fühlte sich dann auch stark genug, um der Republik Serbien zu drohen. Wenn die serbische Regierung im Kosovo die albanische Mehrheit weiter unterdrücke, werde es zu einem regionalen Konflikt kommen. Drei Tage vor Kinkel war der NATO-Oberkommandierende für Europa, Georg Joulwan, in Albanien. Die albanische Regierung sicherte der NATO logistische Unterstützung für Militäraktionen auf dem Balkan zu. Der Luftwaffenstützpunkt Gje der rund 50 km nordwestlich von Tirana steht für Luftoperationen zur Verfügung.

Daß die Politiker und Militärs sich um eine Befriedung der Region kümmern, kann unter diesen Bedingungen kaum behauptet werden. — (hav)

AKTUELL IN BONN

Weizsäcker: „Russische Vormacht“!

Vor „russischer Großmachtpolitik“ in Mitteleuropa hat Bundespräsident von Weizsäcker bei einem Treffen von Staats- und Regierungschefs aus sieben „mitteleuropäischen“ Staaten (Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn, Österreich, Slowenien und BRD) gewarnt. Das Treffen dokumentierte in Wirklichkeit erneut das Wiederaufleben großdeutscher Hegemonialpolitik in Europa. So nutzte Weizsäcker die Gelegenheit, um die tschechische Regierung zu direkten Verhandlungen mit der revanchistischen „sudetendeutschen Landsmannschaft“ aufzufordern, Österreich verlangte und erhielt Inspektionsrechte für ein noch im Bau befindliches tschechisches Atomkraftwerk. Ausgerechnet in diesem Kreis forderte von Weizsäcker, „es dürfe keine Einflußsphäre irgendeiner Supermacht mehr in Europa geben“ (Handelsblatt, 18. 4.) Ob Kohls europaweiter „Rückgratbrecher“, Außenminister Kinkel, zugegen war, ist nicht bekannt.

Keine höhere Erbschaftssteuer?

Finanzminister Waigel hat eine Anhebung der Erbschaftssteuer abgelehnt. Eine solche Anhebung wird seit einiger Zeit aus verschiedensten Kreisen verlangt, u.a. mit dem Hinweis darauf, daß von den derzeit vergebenen Erbschaften faktisch nur ca. 1 bis 2 Prozent als Erbschaftssteuer gezahlt würden. Auch bei einer Neubestimmung der Einheitswerte für Haus- und Grundbesitz (vor dem Verfassungsgericht liegt hierzu eine Klage vor) will Waigel die Erbschaftssteuer nicht anheben. Wenn die Einheitswerte für Grund und Boden angehoben werden müßten, dann werde er

eben den Steuersatz senken oder die Freibeträge erhöhen, so Waigel.

„Beschäftigungsförderung“?

Gegen die Stimmen der Opposition hat der Bundestag am 14. April das neue „Beschäftigungsförderungsgesetz“ verabschiedet. Damit wird u.a. private Geschäftsmacherei mit Arbeitslosen (private Arbeitsvermittlung) legalisiert, Arbeitslose können bis zu drei Monate lang zu „Saisonarbeit“ in der Land- und Forstwirtschaft verpflichtet werden, sie erhalten für diese Zwangsarbeit zusätzlich zu ihrem Arbeitslosengeld nur 25 DM täglich, d.h. ca. 3 DM pro Stunde. Die bisher schon bestehenden Möglichkeiten für befristete Arbeitsverträge werden bis zum Jahr 2000 verlängert, ABM-Entgelte auf 80 % des Entgelts für vergleichbare Arbeiten begrenzt.

Kanthers VS-Bericht schont Reps

Das Bundesinnenministerium hat in der laufenden Debatte über ein Verbot rechtsradikaler bzw. neofaschistischer Parteien wie DVU, Deutsche Liga und Republikaner ein deutliches Zeichen gesetzt. Unter „rechtsextremistische Parteien“ werden die Republikaner nicht geführt, für sie ist stattdessen ein Sonderkapitel „Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen der Partei „Die Republikaner““ aufgenommen. Mit anderen Worten: Die Partei ist nach Einstufung des Bundesinnenministeriums nicht „rechtsextrem“, Mitgliedern der Partei im Staatsdienst entstehen aus ihrer Mitgliedschaft keinerlei Probleme. Ein klares Signal des Innenministers gegen die nach dem Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge neuerlich erhobenen Forderungen nach dem Verbot neofaschistischer Parteien.

GATT/WTO: Bonn statt Genf

Wirtschaftsminister Rexrodt erklärte, Sitz der Welthandelsorganisation World Trade Organisation, ehemals GATT, solle Bonn sein. In der Schweiz wurde pikiert darauf verwiesen, daß Genf der traditionelle Sitz dieser Organisation ist und erst kürzlich Frankfurt/M. als Sitz der Europäischen Zentralbank gewählt wurde. Gerüchte, wonach Rexrodt die Welthandelsorganisation als Symbol für den unterminierten Weltfreihandel in dem bei der letzten Hochwasserkatastrophe gefluteten Bonner Schürmann-Bau unterbringen wolle, konnten im Wirtschaftsministerium nicht bestätigt werden.

Skandinavien: Vorverlegte Grenzen

Bonn schloß mit Dänemark eine Vereinbarung, wonach die dänischen Behörden Reisende in Richtung Deutschland überprüfen, ob sie in Besitz „gültiger Einreisedokumente“ für die BRD sind. Damit werden die deutschen Grenzen auch in Richtung Norden verlängert. Auf Finnland und Schweden wird Druck ausgeübt, ähnlichen Vereinbarungen zuzustimmen, „um Auswirkungen auf die Sommerreisewelle zu vermeiden“. Schwedische Reisende kommen im Sommer nur dann streßfrei über deutsche Grenzen, wenn Stockholm bereit ist, Flüchtlinge für deutsche Behörden abzufangen.

Tierschutz: Mehr quälen

Die Reform des Tierschutzgesetzes soll noch in dieser Legislaturperiode den Bundestag passieren. Offiziell wird der bisher geltende Gesetzestext „entbürokratisiert“. Tatsächlich soll die Möglichkeit zu Tierversuchen erweitert

werden. So sollen erstmals sogenannte „Pilotversuche“ mit bis zu drei Tieren nicht mehr genehmigungspflichtig sein — unabhängig von ihrer Grausamkeit und der Dauer der Quälerei. Auch die Kreatur soll ihren Beitrag leisten, um den „Standort Deutschland“ zu sichern. Die skandalösen EU-weiten Tiertransporte bleiben gestattet. Mit bis zu 150 Mark pro Rind wird der Transport lebender Schlachttiere höher subventioniert als Fleischtransporte.

Öffentl. Schulden: Planübererfüllung

In ihrem neuesten Monatsbericht rechnet die Bundesbank eins und eins zusammen und kommt auf zwei: Im letzten Jahr vor dem „Beitritt“, 1989, lag die Summe aller öffentlichen Schulden bei einer Milliarde Mark. Bereits 1990 würde die Staatsschuld bei zwei Milliarden Mark liegen. Diese Zahl war bisher erst für 1996 erwartet worden. Einen wesentlichen Beitrag für die Planübererfüllung leistet die Treuhandschuld. Diese wird nach ihrer Abwicklung Ende 1994 dem Bund einen neuen Schuldenberg in Höhe von 240 Milliarden Mark bringen. Der Bericht liest sich wie die Grundlage des Kassensturzes, den eine neue Regierung im Oktober vornehmen wird, um noch massiveren Sozialabbau zu betreiben.

Was kommt demnächst?

Am 21. April reist Kanzler Kohl zu einem Besuch nach Ungarn. Am Wochenende 22. und 23. April beraten FDP und Grüne auf verschiedenen Landesparteitagen ihre Wahlstrategie, die FDP in NRW, Sachsen und Niedersachsen, die Grünen ebenfalls in Niedersachsen. Am 29. April findet die nächste Bundesrats-Sitzung statt.

Aufschwung im Osten?

Eine Untersuchung am Beispiel von Thüringen

Den „Wirtschaftsaufschwung im Osten“ wollen Kanzler Kohl, Fraktionschef Schäuble und andere Unions- und FDP-Politiker bereits sehen können. Wir baten die PDS Thüringen um eine Darstellung der Entwicklung aus ihrer Sicht. Von der AG Wirtschaft des Landesverbandes erhielten wir die folgende, aus Platzgründen gekürzte „Analyse der wirtschaftlichen Situation in Thüringen und Erkenntnisse aus den Jahren 1991, 1992 und 1993“. Sie datiert von Ende März 1994.

I. Das Bruttoinlandsprodukt

Die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) — als Summe der im Land produzierten Güter und geleisteten Dienste — wird durch die Landesregierung als Argument für gewachsene Leistungskraft in Thüringen herangezogen.

Steigerung BIP	Proz.
1992/1991	8,0
1993/1992	11,6

Aber wie bei allen Steigerungsraten ist die Basiszahl entscheidend; denn je niedriger diese ist, desto größer die Steigerung.

BIP in	Mrd. DM
(Preisbasis 1991)	
1991	26,7
1992	28,8
1993	31,8

Steigerungsraten kann man nicht verteilen, entscheidend ist die absolute Höhe des Bruttoinlandsprodukts.

Für Thüringen

zeigt die Tabelle das konkrete Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. DM (Preisbasis 1991).

(...)

Aussagefähig für die Leistungskraft eines Landes ist die Beziehung des BIP zu den Einwohnern des jeweiligen Landes. Für 1993 ergibt das folgende Aussage:

Land	BIP in DM/Einwohner
Berlin-Ost	15224
Brandenburg	13767
Sachsen-Anhalt	13693
Sachsen	13424
Meckl.-Vorpommern	12815
Thüringen	12518

Die Folgen der sich zuspitzenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Thüringen sind:

- zunehmende soziale Differenzierung
- wachsende Armut
- drastischer Bevölkerungsrückgang durch Geburtenrückgang und Gestorbenenüberschuß, Pendeln in die alten Bundesländer und Wegzüge aus Thüringen.

Die angesichts dieser Situation durch die Landesregierung in den zurückliegenden zwei Jahren betriebene Politik erwies und erweist sich als untauglich, die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen.

Nach wie vor setzt sie ungemindert auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Die durch sie im Auftrag der Bundesregierung zur Anwendung gebrachten Instrumentarien (z.B. Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktverwaltung) zeigen Ergebnisse, die im krassen Widerspruch zur Größe der Aufgabe stehen. Anzeichen für eine Änderung dieser Politik für Folgezeiträume sind nicht erkennbar. Erhoffte private Investoren zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern sind nur vereinzelt erschienen.

Angesichts dieser Situation ist es grundlegend erforderlich, die Verantwortung des Staates bzw. der öffentlichen Hand für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erhöhen. Als Voraussetzung dazu sind die bestehenden Verteilungsverhältnisse radikal zu ändern. Eine bisherige Verteilung von unten nach oben ist umzukehren.

II. Die Industrie (Bergbau, verarb. Gewerbe)

1. Umsatz

Die Wirtschaftsleistung in der Thüringer Industrie — gemessen am Umsatz — bewegte sich seit 1991 bis Frühjahr 1993 nahezu unverändert auf niedrigem Niveau. Dabei muß man aber wissen, daß der entscheidende Bruch mit dem Übergang von 1990 auf 1991 vollzogen wurde.

Betrug der Gesamtumsatz in der Thüringer Industrie im Dezember 1990 noch 2237 Millionen DM, so waren es im Monatsdurchschnitt 1991 1104 Millionen DM und 1992 gar nur noch 1076 Millionen DM in vergleichbaren Struktureinheiten des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes. Das ist ein Rückgang auf weniger als die Hälfte.

Zum Vergleich: 1992 wurde in der Industrie nur noch ein Viertel dessen produ-

zellstoffindustrie und die Ledererzeugung und -verarbeitung auf.

Stagnation gibt es in der Elektrotechnik. Aber auch das Ernährungsgewerbe, die Holz- und Glasindustrie, die Feinkeramik sowie die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie stagnieren im Umsatz.

Entwickelt haben sich diejenigen Industriezweige, die von staatlich initiiertem Verbrauch oder vom privaten Verbrauch vor Ort profitieren. Dazu gehören vor allem die Steine- und Erdenindustrie, aber auch die Feinmechanik/Optik, der Stahl- und Leichtmetallbau, der Straßenfahrzeugbau oder die Herstellung von Kunststoffwaren. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß diese Zweige in ihrem Anteil am Gesamtumsatz in Thüringen von untergeordneter Bedeutung sind. (...)

4. Beschäftigung

In der Industrie (Bergbau und verarbeitendes Gewerbe) ist die Zahl der Beschäftigten von 417298 im Januar 1991 bis Oktober 1993 auf 119795 zurückgegangen, das ist ein Rückgang um über 70 Prozent. Dabei ist auch hier — ähnlich der Umsatzentwicklung — zu berücksichtigen, daß zwischen November 1990 und Januar 1991 ein quantitativer Sprung zu verzeichnen war (476823 Be-

IV. Quartal 1990 auf 47 Täte je 1000 Einwohner (Juni 1993) weiter gesunken und erreicht damit nicht einmal mehr die Hälfte des westdeutschen Wertes, der 116 Industriebeschäftigte/1000 Einwohner beträgt. Bei weiter sinkendem Niveau ist es unwahrscheinlich, daß auf dieser Grundlage ein selbsttragender wirtschaftlicher Aufschwung stattfinden kann.

Beschäftigte im Monatsdurchschnitt	
1991	331140
1992	153889
1993	122479

Typisch ist, daß der Abbau der Beschäftigten stetig erfolgte.

Aus dem Vergleich zwischen Beschäftigungs-

reduzierung und Umsatzentwicklung wird deutlich, daß im Januar 1993 nur noch weniger als ein Drittel der Beschäftigten der Industrie nahezu die gleiche Umsatzgröße realisierten wie Anfang 1991 (...)

5. Struktur + Entwicklung v. Gewerbe

Aus der Analyse der Gewerbeentwicklung seit 1991 wird sichtbar, daß es bei den Gewerbean- und abmeldungen eine ungeheure Bewegung gegeben hat. Das Typische sind also sehr viele Gewerbean- und abmeldungen. Im Trend normalisiert sich die Entwicklung, indem sich An- und Abmeldungen annähern. Während im Jahresdurchschnitt 1991 auf 100 Anmeldungen 33 Abmeldungen kamen, waren das 1992 bereits 60 und 1993 67 Abmeldungen. Dahinter stehen tausendfach enttäuschte Hoffnungen, denn für viele Menschen war der Versuch der Selbständigkeit der letzte Ausweg vor der Arbeitslosigkeit ...

VIII. Die Bevölkerungsentwicklung

Einwohner in Millionen	
1985	2,648
1989	2,611
Ende 1992	2,546
Mai 1993	2,538

Die Thüringer Bevölkerung nimmt ständig ab. Seit 1989 hat die Thüringer Bevölkerung um 146000 Personen abgenommen,

das sind 5,75 %. Der Hauptgrund dafür sind Abwanderungen nach Westdeutschland. Zwei Drittel der Abwanderer sind in einem Alter zwischen 18 und 40 Jahren. Diese Wanderung hält nach wie vor an!

Die Zahl der Pendler in die alten Bundesländer bleibt unverändert hoch und beträgt in Thüringen über 100000. Statistisch angegeben werden 71300 (März 1993). Auch hier sind zwei Drittel der Westpendler 35 Jahre und jünger. Besonders in der Altersgruppe 25 bis 40 Jahre pendeln wesentlich mehr Männer als Frauen. Damit sind weitere Wegzüge zu erwarten.

Eheschließungen im Monatsdurchschnitt	
1991	692
1992	647
1993	577

Die Zahl der Eheschließungen (je 1000 Einwohner und Jahr) ist deutlich sinkend.

Jahr Lebendgeborene	
1990	28856
1992	14615
1. Hj. 1993	6512

Die Zahl der Geburten in Thüringen ist drastisch rückläufig.

(...)

Die vollständige Studie ist zu erhalten bei: LL/PDS im Thüringer Landtag, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt.



ziert, was 1985 in Thüringen hergestellt worden ist.

Seit März 1993 ist eine leichte Steigerung des Umsatzes zu verzeichnen. Der bisherige Höchstwert von 1505 Millionen DM, im November 1993 erreicht, entspricht aber noch nicht einmal zwei Drittel des Niveaus von 1990.

Monatsdurchschnittlich wurde 1993 in der Industrie Thüringens (Bergbau und verarbeitendes Gewerbe) ein Umsatz von 1271 Mill. DM realisiert.

Von besonderem Gewicht für diese Entwicklung ist der Umsatzverlauf im „Investitionsgüter produzierenden Gewerbe“, der mit ca. 42 % die Thüringer Wirtschaftsstruktur maßgeblich bestimmt. Diese Branchengruppe hatte im Januar 1991 noch einen Umsatz von 543,3 Mio. DM. Das war nahezu die Hälfte des Gesamtumsatzes der Thüringer Industrie. Erstmals im Sommer 1993 wurde diese Umsatzgröße wieder erreicht.

Für Thüringen ist typisch, daß Zweige, die in den entwickelten Industriestaaten zu den Schlüsseltechnologien zählen und die für die Thüringer Wirtschaftsstruktur in der Vergangenheit prägend gewesen sind, stagnieren bzw. sich rückläufig entwickeln.

Rückläufig entwickelt sich nach wie vor der Maschinenbau. Bedeutende Senkungsraten weisen die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Chemie, die Herstellung von Büromaschinen, die

schäftigte im verarbeitenden Gewerbe per 30.11.1990).

Viel Geschrei wird gegenwärtig darum gemacht, daß im Monat November 1993 erstmals die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vormonat nicht mehr gesunken, sondern ganz leicht auf 120099 angestiegen ist.

Diese Steigerung resultiert aus einer Zunahme in den Branchengruppen Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe sowie Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Diese Branchengruppen sind aber für die Thüringer Industriestruktur nicht bestimmend (Anteil des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes am Industrieumsatz November '93: 22,7 %, Anteil Nahrungs- und Genußmittelgewerbe: 22,2 %).

Demgegenüber fand in der für Thüringen bestimmenden Branchengruppe Investitionsgüter produzierendes Gewerbe (Anteil 11/93: 54,6 %) ein weiterer Abbau von 254 Arbeitsplätzen statt.

Industriebeschäftigte pro 1000 Einwohner	
Japan	122
Portugal	117
Dänemark	104
USA	88
Frankreich	83
Griechenland	74
Irland	64

Der Industriebeitrag (Industriebeschäftigte pro 1000 Einwohner) ist damit nach Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB von 158 im

Anfang April hat der Bundestag die Beratung über zwei Gesetzentwürfe von SPD und Regierung aufgenommen: den Gesetzentwurf der CDU/CSU und FDP-Fraktion zur Änderung des Straf-

gesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetze (Verbrechensbekämpfungsgesetz), Bundestagsdrucksache 12/6853, und den Entwurf der SPD-Fraktion eines Zweiten Gesetzes

zur Bekämpfung des illegalen Rauschgift Handels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität (2. OrgKG), Bundestagsdrucksache 12/6784. Gegen beide Gesetzentwürfe ha-

ben u. a. Strafverteidiger und Anwälte heftige Kritiken vorgetragen. Wir dokumentieren auf dieser Seite die Erklärung des 18. Strafverteidigertages in Hannover vom 13. März.

Strafverteidiger protestieren

Die Strafverteidigervereinigungen appellieren an die Verantwortlichen, zumindest die geplante Beratungs- und Beschlußfolge, nach der das Verbrechensbekämpfungsgesetz bis zum 1.7.94 durch Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden soll, aufzugeben. Denn dieses von der Regierungskoalition ins Auge gefaßte Gesetzesvorhaben verdient angesichts der über 50 gravierenden Änderungsvorschläge zum Straf- und Strafprozeßrecht diesen Namen nicht und ähnelt eher einem gesetzgeberischen „Schweinsgalopp“, der den Verdacht nährt, daß populistische Gesetzgebungssymbolik in Wahlkampfzeiten die Dynamik der Vorschläge bestimmt und nicht sachgerechte Erwägungen zur Verbrechensbekämpfung.

I.

Die Neugestaltung des beschleunigten Verfahrens

Es bringt Beschuldigten und Angeklagten in Fällen einfacher Kriminalität tiefe Einschnitte in ihre Freiheits- und Verteidigungsrechte. Nach § 127b StPO wird ein Beschuldigter, der aus persönlichen oder sozialen Gründen vermeintlich nicht die Gewähr bietet, zu dem beabsichtigten Schnellgerichtstermin zu erscheinen, in Haft genommen, allein um die innerhalb einer Woche zu beginnende Hauptverhandlung sicherzustellen. Eine Anklageschrift erhält dieser Beschuldigte nicht, ebensowenig wird er geladen oder ist auch nur eine Ladungsfrist einzuhalten. Er wird einfach vorgeführt. Im „beschleunigten Verfahren“ ist eine Verurteilung bis zu 1 Jahr (ohne Bewährung) möglich. Ein Verteidiger ist nicht notwendig.

Damit nicht genug: Der schwerwiegendste Eingriff in seine Verteidigungsrechte, die faktische Abschaffung des Beweisantragsrechtes, soll hier Eingang finden in den deutschen Strafprozeß. § 420 I StPO: Das Gericht bestimmt unbeschadet § 244 II StPO den Umfang der Beweisaufnahme. Die Entwurfsbegründung stellt klar: Ein Beweisanspruch darf auch dann abgelehnt werden, wenn das Gericht den Sachverhalt für genügend geklärt hält und der Auffassung ist, daß die Vernehmung eines Zeugen an der bereits vorliegenden Überzeugung des Gerichts nichts ändern würde. Auch in Verfahren vor den Amtsgerichten nach Einspruch gegen einen Strafbefehl ist das Beweisantragsrecht in gleicher Weise aufgelöst.

Das beschleunigte Verfahren ist als Modell für den zukünftigen Strafprozeß absehbar. Hat sich die Abschaffung des bisherigen Beweisantragsrechtes erst „bewährt“, wird dieses einzige und wichtigste Recht des Angeklagten, wenigstens in der Hauptverhandlung die Waffengleichheit mit den Ermittlungsbehörden annähernd herzustellen, für den gesamten Strafprozeß fallen. Das wäre ein wesentlicher Schritt bei der Rückkehr zum Strafprozeß der letzten Jahre der Weimarer Republik auf ihrem Weg in den Faschismus.

II.

Nach den Vorschlägen des Verbrechensbekämpfungsgesetzes soll zukünftig noch schneller und einfacher verurteilt werden können.

Durch Verzicht auf die Voraussetzung der Vorverurteilung wird der Haft-

grund der Wiederholungsgefahr zum jederzeit abrufbaren Inhaftierungsinstrument, würde er doch nicht mehr als die Behauptung der Gefahr künftiger Straftaten erfordern.

Eine institutionelle Grundlage für diese Prognose fiele damit weg.

Erkennbar will der Entwurf den Gerichten die in der Vergangenheit zu konstatierende Scheu vor der Anordnung dieses Haftgrundes nehmen.

Eine weitere Ausweitung der Haftmöglichkeiten sieht der Entwurf durch Aufnahme der Tatbestände der beabsichtigten Körperverletzung (§ 225 StGB) und der besonders schweren Brandstiftung (§ 307 StGB) in den Katalog der Anlaßstaten des § 112 StPO vor, bei dem allein schon der dringende Verdacht strafbaren Verhaltens für eine Verhaftung ausreicht, weil in diesen Fällen das Bestreben von Flucht- und Wiederholungsgefahr — wenn auch widerlegbar — vermutet werden darf.

Mit diesen Änderungen können Beschuldigte zukünftig noch leichter und schneller in Haft genommen werden, obwohl schon heute die hohe Zahl von Untersuchungsgefangenen und die häufig zweifelhafte Berechtigung der In-

erhaft, und er muß gewahr sein, daß die Strafverfolgungsbehörden informiert werden.

IV.

Mit dem Entwurf des 2. Gesetzes zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität bemüht sich die SPD, den populistischen Wettlauf mit der CDU/CSU bei der Bekämpfung der zur Systembedrohung aufgeblasenen sogenannten organisierten Kriminalität zu gewinnen. Dies betrifft insbesondere den von der SPD geforderten Großen Lauschangriff. Durch eine — euphemistisch als Ergänzung bezeichnete — Einschränkung des Art. 13 GG soll der Einsatz von Wanzen und anderen nachrichtendienstlichen Mitteln auch innerhalb der Wohnung ermöglicht werden. Hierzu hat der BGH in einer Entscheidung aus dem Jahre 1983 (BGHSt 31,296,299) zutreffend bemerkt: „Nach der Ansicht des Senats berührt die Aufzeichnung des Raumgesprächs den unantastbaren Bereich der privaten Lebensgestaltung, der unter dem absoluten Schutz des GG aus Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 1 Abs. 1 GG steht und auf den daher die öffentliche Gewalt nicht einwirken darf.“

Erklärung des 18. Strafverteidigertages gegen die Gesetzentwürfe von Regierung und SPD-Opposition zur „Verbrechensbekämpfung“

haftierung angesichts der Auswirkungen der Untersuchungshaft auf das Leben der Betroffenen und der Unschuldsvermutung bis zum gesetzlichen Nachweis der Schuld einen unerträglichen Mißstand darstellen.

III.

Der Verbrechensbekämpfungsgesetzentwurf schlägt vor, den von den Alliierten nach der Nazi-Zeit zerschlagenen Informationsverbund zwischen Polizei und Geheimdiensten auf dem Hintergrund hundertfach gesteigerter Anwendungsmöglichkeiten durch neue Informationstechniken wiederherzustellen.

Zudem werden die Aufgabendefinition und die Befugnisnormen für den BND zur Post- und Fernmeldekontrolle erheblich ausgedehnt. Im Visier der sogenannten strategischen Kontrolle sind unter anderem auch:

- das unbefugte Verbringen von Betäubungsmitteln aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland
- internationale Geldfälschungen
- unerlaubter Handel im Außenwirtschaftsverkehr und internationale Verbreitung von Kriegswaffen
- internationale Geldwäsche im Zusammenhang mit den letztgenannten Handlungen.

Darüber hinaus wird eine Befugnisgeneralklausel für den BND zur Post- und Fernmeldekontrolle sogar ohne Bindung an Straftatbestände vorge schlagen, eine Forderung, mit der sich die Innenverwaltungen während der Notstandsgesetzgebung und in den siebziger Jahren noch nicht durchsetzen konnten.

Jeder Bürger, der in Zukunft mit dem Ausland telefoniert oder Briefe wechselt, wird bei Verwendung bestimmter Wörter automatisch geheimdienstlich

Die auch nach der Rechtsprechung des BVerfG (vergl. etwa BVerfGE 6,32,41) existierende Sphäre privater Lebensgestaltung, die als letzter unantastbarer Bereich menschlicher Freiheit der Einwirkung der gesamten öffentlichen Gewalt entzogen ist, liegt nunmehr nach dem Willen der SPD lediglich im Kopf des Menschen (die Gedanken sind frei). Es geht nur noch um seine Würde als Autist. Hinzu kommt, daß der Lauschangriff seinem Charakter nach einen heimlichen Eingriff in die Freiheit und die Rechte des Bürgers darstellt und damit zwangsläufig die Stellung eines Verdächtigen als Subjekt des Strafverfahrens zerstört. Das Recht auf Aussageverweigerung wird ad absurdum geführt, der Verdächtige zum bloßen Objekt der Ausforschung gemacht.

Letztlich führt die Ausstattung der Polizei mit nachrichtendienstlichen Mitteln bereits unabhängig von der oben dargestellten Einbindung der Nachrichtendienste in strafrechtliche Ermittlungen zu einer Aufhebung der im Hinblick auf die historischen Erfahrungen während der Nazi-Zeit wohl begründeten Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten. Dies führt zu polizeilichen Geheimdiensten und zu einer geheimdienstlichen Polizei.

Die Forderung der SPD nach Einführung des Großen Lauschangriffs, verbunden mit der Ausweitung der Katalogtaten für die Telefonüberwachung, läßt ein Staats- und Demokratieverständnis erkennen, das die Freiheit und Würde des Menschen auf dem Altar der Inneren Sicherheit opfert und mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.

V.

Die SPD will das als Grundrecht garantierte Institut des Eigentums unter den

30 Jahre währenden Vorbehalt des Nachweises der moralischen Unantastbarkeit stellen.

Art. 14 GG soll durch folgenden Zusatz ausgehöhlt werden:

„Vermögen, das aus Straftaten her rührt oder dafür verwendet werden soll, wird nicht geschützt.“

Vermögen, das „aus Straftaten her rührt“, kann also bei legaler Verwendung eingezogen werden, ordnungsgemäß erworbenes Vermögen kann eingezogen werden, wenn es demnächst zu strafbaren Zwecken verwendet werden soll.

Eine Verständigung darüber, wann ein Vermögen aus „Straftaten“ (Art. 14 GG Abs. 1 Satz 2) oder aus „schweren Straftaten“ (Art. 14 Abs. 4 GG) „her rührt“, dürfte unter Laien ebensowenig wie unter Juristen herbeizuführen sein.

Muß der Verteidiger sein Honorar abliefern, wenn sein Mandant wegen eines Vermögens- oder Rauschgiftdelikts verurteilt wird? Muß der arglose Baustofflieferant seine Einnahmen abliefern, wenn er den Beton an eine Mafia-Firma geliefert hat? Muß der Erbe sein Erbe abliefern, wenn der Vater Waffen in eine Krisengebiet verkauft oder

sonst gegen das Außenwirtschaftsgesetz in strafbarer Weise womöglich vor 25 Jahren verstoßen hat?

Welches Vermögen, das völlig legal erworben wurde, soll für „Straftaten“ oder „schwere Straftaten“ verwendet werden? Muß der Kokainschnupper, der gerade seine Gage für eine Tournee als Rockgitarrist kassiert hat, alsbald zum Sozialamt, weil das LKA meint, er würde sich die ganze Gage durch die Nase ziehen?

Das Fehlen präziser Tatbestandsvoraussetzungen macht den Angriff auf das Eigentumsrecht gänzlich unkalkulierbar. Es kommt hinzu, daß ohne richterliche Kontrolle von den zentralen Agenturen der Polizei (BKA und LKA) Zugriff auf die Vermögen genommen werden kann.

Um das Maß voll zu machen, wird schließlich dem Betroffenen die Beweislast für die Dauer von 30 Jahren ohne jede Begrenzung dafür aufgebürdet, daß sein Vermögen aus legalen Quellen stammt. Wer „die auf tatsächliche Anhaltspunkte gestützte Vermutung“ nicht widerlegen kann, verliert sein Vermögen entschädigungslos.

Der außerordentliche Einfall der SPD zur Beseitigung der Defizite in den öffentlichen Kassen wird also in keiner Weise durch die präzise Festlegung gesetzlicher Voraussetzungen für den Eingriff beschränkt.

Die SPD-Fraktion wird mit ihrem Gesetzentwurf selbst zu dem, was sie der „Organisierten Kriminalität“ in maßloser Übertreibung andichtet: zum „systembedrohenden Faktor“. Verabschiedet von über 400 Teilnehmern auf dem Plenum des 18. Strafverteidigertages. Quelle: Organisationsbüro der Strafverteidigervereinigungen, Siemensstraße 15, 50825 Köln.

SÜD-KURDISTAN

50 000 türkische Truppen eingefallen

Seit einer Woche führt die türkische Armee eine neue grenzüberschreitende Operation in Südkurdistan (Nordirak) durch. Diese umfassende Operation unterscheidet sich von den vorherigen darin, daß es sich diesmal nicht nur um eine einfache Operation handelt, sondern um ein regelrechtes Okkupationsmanöver in Südkurdistan.

Die Türkische Republik will sich in dem Gebiet — wenn auch nicht im gesamten Gebiet, so doch in bestimmten Teilen davon — dauerhaft festsetzen. De facto handelt es sich um eine Invasion, um eine Besetzung fremden Territoriums. Die Türkei will eine Pufferzone einrichten. Sie steht derzeit mit ihren Kräften von Habur (türkisch-syrisch-irakisches Grenzgebiet) bis Miroz (iranisches Grenzgebiet) und ist auch schon bis in das Innere des irakischen Staatsgebiets vorgegrungen. Es ist möglich, daß sie auch nach Zaxo, Dohuk usw. vordringen, wenn auch nicht sofort.

Der Kommandant der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), Cemil Bayik, schilderte den Vorgang gestern in einem Presseinterview mit der Kurdisch-Deutschen Presseagentur KURD-A folgendermaßen:

„Zuerst werden sehr massive Bombardements aus der Luft durchgeführt, dann dringen sie parallel dazu in die inneren Gebiete vor und marschieren vom Norden mit ihren Bodentruppen ein. Sie operieren mit ihren Invasionstruppen aus dem Norden und ihren Einheiten, die in die inneren Gebiete vordringen, mit Hubschraubern, um zwischen diesen Kräften keinen Zwischenraum zu lassen. Derzeit sind bis zu 50 000 Mann in dem Gebiet. Das sind die von ihnen als Spezialarmee bezeichneten Kräfte, ihre Dorfschützer und reguläre Bodentruppen. Bei ihrem Einmarsch haben sie eigene Verluste bewußt in Kauf genommen, es war ihnen völlig egal. Sie sind auf draufgängerische Weise vorgegangen und deshalb wurden seit ihrem Einmarsch bis heute — also innerhalb einer Woche — Dutzende ihrer Soldaten durch unsere Guerilla getötet und noch eine größere Zahl verletzt, aber es gab kaum wirkliche Gefechte mit unseren Kräften.“

Cemil Bayik fügte hinzu, daß diese Invasion die Guerilla nicht überrascht hätte. Vielmehr sei sie angesichts der zusätzlichen Militärkonzentration in der Region, die unter dem Vorwand der Sicherheit während der Newrozfeiern und der Kommunalwahlen stattfanden, auf ein solches Vorgehen entsprechend vorbereitet gewesen.

Die türkische Regierung hat in Botan (Region in Nordkurdistan an der türkisch-irakischen Grenze) und Behdinan (Südkurdistan, an Botan angrenzendes irakisches Staatsgebiet) ungefähr 200 000 Mann, Dutzende Flugzeuge und Hubschrauber sowie Hunderte Panzerfahrzeuge stationiert. (...) Der Kommandant der ARGK bezeichnete dieses Vorgehen als die letzten Zuckungen einer gescheiterten Militärpolitik, denn Ankara spiele mit dieser Operation ganz offen um alles oder nichts. (...)

Erklärung des Kurdistan-Informationsbüros Köln, 18. April 1994, aus Platzgründen leicht gekürzt

Haushaltsnotstand in Ankara und Mobilmachung

Gewerkschaften leisten Widerstand

Von Rudolf Bürgel

Am 5. April verkündete die türkische Regierung ein „Stabilitäts-Paket“, mit dem noch in diesem Jahr 400 Trillionen Türkische Lira für den Krieg in Kurdistan eingetrieben werden sollen. Das Sparpaket beinhaltet für den öffentlichen Dienst: Einfrieren der Löhne von Angestellten und Beamten, keine Wiederbesetzung der Stellen ausgeschiedener Beschäftigter und Entlassungen Zehntausender. Staatsbetriebe, die Verluste einfahren, sollen geschlossen werden. Die Nettoeinkommen werden mit einer Zusatzsteuer belegt. Die im Januar gegebenen Investitionsversprechungen für die kurdischen Gebiete wurden von Ministerpräsidentin Çiller rückgängig gemacht. Die Preise der Produkte aus den Staatsbetrieben werden erhöht.

Gleich nach der Bekanntgabe des Sparpakets verschwanden an vielen Orten wichtige Grundnahrungsmittel und Baumaterialien, die in Staatsbetrieben produziert werden, vom Markt. Die Verkaufsstellen wollten die Preiserhöhungen abwarten. Und so sehen einige der Erhöhungen aus: Der Preis für Benzin steigt um 80 Prozent, für Zigaretten um 90, für Tee um 70, für Zucker um 60 und für Postdienste um 75 Prozent.

Diese Beschlüsse ergänzen das Mobilmachungsprogramm vom Januar. Im von der Regierung Çiller vorgelegten Haushalt für 1994 wurde ein neuer „Fonds zur Bekämpfung des Terrorismus“ eingerichtet. In ihn fließen 25 Prozent der Telefongebühren, je 10 Prozent der Anmeldegebühren für Ausländer und der Führerscheingebühren, je 5 Prozent der Einnahmen aus dem Autokennzeichenhandel, den Lottogewinnen und den Sportveranstaltungen sowie 3 Prozent der Einnahmen aus der Fernsehwerbung. Weiter gehen in den Fonds die Steuererhöhungen für Alkohol und Tabakwaren, die Gewinne der Staatsunternehmen und Sonderfonds des Innenministers und der Ministerpräsidentin. Die Preise für Zement, Eisenmetalle, Brennstoffe und Kommunikation wurden zwischen 20 und 50 Prozent, die Mehrwertsteuer um 3 Prozent erhöht.

Steuererhöhungen für den Krieg gegen die Kurden

Der Etat des Verteidigungsministers wurde um 13 Prozent auf 14 Mrd. DM erhöht. Das macht ein Drittel des Gesamthaushaltes aus. Ebenfalls wurde eine 30prozentige Steigerung des Etats des Innenministers zur Finanzierung der Sonderzulagen für Staatsbedienstete, Spezialeinheiten, Gefängnisse und Polizeistationen in Kurdistan vorgesehen. Die reinen Kriegskosten betragen über 50 Prozent des Staatshaushaltes.

Türkische Finanzexperten errechneten, daß dies bei der Ausdehnung des Krieges bei weitem nicht ausreiche. Die Handelskammer Ankara rechnete der Regierung vor, daß die Mehrwertsteuererhöhung „nur 1818 Stunden oder 75 Tage des Krieges“ finanzieren könne, wenn man die Luftangriffe nicht einrechne. Allein der Bombenangriff auf das kurdische Gebiet an der irakisch-iranischen Grenze in Südkurdistan in der letzten Januarwoche, an dem 52 Kampfflugzeuge teilnahmen, kostete mindestens 350 Mio. Dollar.

Für die Bezahlung der Staatsbediensteten sowie der Rechnungen für den Waffennachschub fehlen der türkischen

Regierung die Deviseneinnahmen. Schon 1993 gingen die Devisen aus dem Tourismusgeschäft um über zwei Mrd. Dollar zurück. So ließ die Regierung die Notenpressen laufen, um Geld zumindest für die Bezahlung der Angestellten in der Kasse zu haben. Die Inflation wurde so weiter angeheizt. Kurzfristige Kredite, die japanische Banken versprochen hatten, blieben im März und April aus. Die Ende Januar vorgenommene Abwertung der Türkischen Lira um 12 Prozent gegenüber dem Dollar heizte die Inflation noch weiter an. Zur Zeit liegt sie bei über 90 Prozent.

Der Nationale Sicherheitsrat sprach im Zusammenhang mit den Sparbeschlüssen vom Januar und April von einer „bitteren Medizin“ und faßte weitere „Stabilisierungs“-Beschlüsse, u.a. sollen die Spezialeinheiten um 15 000 Mann erhöht werden. So wird das durch den Krieg in Kurdistan eingeplante Haushaltsdefizit von 13,6 Mrd. Dollar sich weiter erhöhen. Den von der Regierung praktisch ausgerufenen Mobilmachungszustand begründete Tansu Çiller so: „Gegen den Terror brauchen wir Geld, jeder muß nun Opfer bringen.“

Gewerkschaftsproteste

Gleich nach Verkündung des Sparpakets setzte eine Welle von Demonstrationen, Streiks und auch Fabrikbesetzungen ein. Hier nur ein Ausschnitt der Aktionen: Die Gesundheitsgewerkschaft Sağlık-Sen verbrannte vor dem Istanbul Universitätskrankenhaus in Aksaray am 7. April das Çiller-Wirtschaftspaket symbolisch. Der Gewerkschaftsvertreter sagte zu den 150 Teilnehmern: „Das Paket für eine ‚stabile Wirtschaft‘ vom 5. April ähnelt den 24. Januar-Beschlüssen nach dem Militärputsch und wird genauso wie damals von den Herrschenden dem werktätigen Volk übergestülpt. Wir werden aber nicht zulassen, daß die Rechnung für den schmutzigen Krieg dem werktätigen Volk aufgebürdet wird. Nein zum Wirtschafts-Terror-Paket!“ Im Stadtteil 1. Mai demonstrierten Frauen gegen die Preiserhöhungen. Sie wurden von der Polizei angegriffen, versammelten sich aber immer wieder. In Gaziantep wurde eine Demonstration von Bauarbeitern von Eingreiftruppen gewaltsam aufgelöst. In Konya schlossen die Schuhmacher aus Protest ihre Läden. Eine Demonstration von 3000 Arbeitern in der Stadt wurde von der Polizei gewaltsam auseinandergetrieben.

Die Beschäftigten der staatlichen Tabakfabrik TEKEL in Istanbul besetzten am 7. April nach einer Demonstration gegen die Privatisierung und die Preiserhöhungen die Fabrik. Die Petlas-Reifenfabrik in Kırşehir wurde geschlossen. Die entlassenen Arbeiter und ihre Angehörigen demonstrierten. Am 7. April wollten 5000 nach Ankara fahren. Ihre Busse wurden an Polizeisperren aufgehalten, die Gendarmerie baute in Vororten Ankaras Barrikaden gegen die Demonstranten auf.

Im Stadtteil Sincan von Ankara wurden 502 städtische Arbeiter entlassen. Diese begannen am 7. April mit einem unbefristeten Sitestreik vor dem Gebäude der Stadtverwaltung.

In Zonguldak sollen die staatlichen Kohlengruben Amasra, Kandilli und Kozluk geschlossen und 29 000 Arbeiter entlassen werden. Eine „Demokratische Plattform“ wurde gegründet, die

am 9. April eine Demonstration durchführte, über 50 000 Menschen beteiligten sich.

Eine Änderung der Politik der türkischen Regierung in ihrem Krieg in Kurdistan ist nicht in Sicht. Vielmehr wird die Regierung bei ihren Mobilmachungsbeschlüssen von den westlichen Staaten weiter angeheizt. Laut Handelsblatt vom 13.4. mahnen die Experten der OECD die türkische Regierung, ihren Kurs konsequent weiterzuverfolgen, die Privatisierung voranzutreiben und die Ausgaben drastisch zu kürzen. Nicht gemeint ist damit, die Kriegsausgaben zu senken. Vielmehr sollen die „unrentablen“ Betriebe geschlossen und die Kraftfahrzeugsbetriebe, Eisen- und Stahlwerke, die Petrochemie, verschiedene Banken und Versicherungen sowie die Turkish Airlines noch im ersten Halbjahr 1994 privatisiert werden. „Das Türkei-Geschäft ist nicht leicht, aber lohnend“, so Dr. Martin, Delegierter der Deutschen Wirtschaft für die Türkei.

Quellen: Özgür Gündem vom 5. bis 14.4., Handelsblatt vom 28.1. und 13.4.94, Neues Deutschland vom 24.1. und 2.2.94 — (rub)

Letzte Nachricht: Özgür Gündem geschlossen!

Am 14. April teilte der stellvertretende Chefredakteur von Özgür Gündem, Fahri Ferda Cetin, in einer Presseerklärung die neuerliche Schließung der Zeitung mit. Das Nationale Sicherheitsgericht in Istanbul habe die Zeitung für 15 Tage verboten. Gleichzeitig habe das Gericht gegen den Inhaber und den Chefredakteur erneute hohe Geldstrafen verhängt. Weitere Strafen, Publikationsverbote u.ä. sind in Vorbereitung, so daß die endgültige Einstellung der Zeitung zu befürchten ist. Damit hätte das türkische Regime nach den Verhaftungen der kurdischen Abgeordneten nun auch die wichtigste oppositionelle Tageszeitung im Land verboten — ein neuerlicher Beweis für die „Demokratie“ und „Pressefreiheit“ im NATO-Land Türkei. Wörtlich hieß es in der Erklärung Cetins: „Wir sehen diesen Beschluß als einen erneuten Beweis dafür, daß der türkische Staat die Tatsachen und die Demokratie nicht ausstehen kann, was er bereits mit der Aufhebung der Immunität und der Verhaftung der kurdischen Abgeordneten aus dem Parlamentsgebäude heraus gemacht hat.“ Dieser Beschluß ist ein weiterer Beweis, daß Sätze wie „Wir erkennen die kurdische Realität an“, „Jeder kann sich frei ein Kurde nennen“ oder „Die Tageszeitung Özgür Gündem ist ein praktischer Beweis für die Pressefreiheit in der Türkei“ nichts als leere Versprechungen sind.“

Für Mittwoch, den 20. April, (also unmittelbar nach Redaktionsschluß dieser Zeitung) war eine Pressekonferenz von Özgür Gündem in Istanbul angekündigt.

Auch in der BRD waren bei Redaktionsschluß erste Protestaktionen und -erklärungen gegen die Schließung der Zeitung in Vorbereitung.

(Siehe auch unsere Vorankündigung eines Buches zum Kampf um Özgür Gündem auf Seite 15 dieser Ausgabe) — (rül)

DOKUMENT**Das Wahlprogramm des PAC**

— Auszüge —

Der Kampf für die Befreiung der afrikanischen Menschen hat sich immer auf zwei zentrale Ziele konzentriert: das unveräußerliche Rechte der Menschen auf Land und ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung. Nur die endgültige Lösung dieser zwei Schlüsselfragen wird im Gegenzug die Lösung der Myriaden von Problemen, die die afrikanischen Menschen bedrängen, ermöglichen; Probleme, die genau aus der absichtlichen Verweigerung des Rechts auf Land und auf Selbstbestimmung entstanden sind. (...) Der Panafricanist Congress hat einen langen und unerschütterlichen Kampf für die Realisierung unserer geschätzten Ideale — das Recht auf Land und das Recht auf Selbstbestimmung — geführt, die nur Wirklichkeit werden können, wenn die afrikanischen Massen über die Art der Verfassung selbst entscheiden, sie selbst geschrieben und durchgesetzt haben wollen.

Am 26., 27. und 28. April wird der PAC an den allgemeinen Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung teilnehmen, um ein Mandat von den afrikanischen Menschen für den Entwurf einer Verfassung zu erhalten, die die Macht von der Siedler-Minderheit auf die afrikanische Mehrheit überträgt.

Wir distanzieren uns von der gegenwärtigen Übergangsverfassung, weil sie die Macht nicht auf die afrikanischen Massen überträgt.

Wir nehmen an den Wahlen teil, weil unsere Forderung nach einer gewählten Verfassungsgebenden Versammlung erfüllt ist und weil sich die politische Umgebung und das politische Klima geändert hat. Für uns stellen die Wahlen nur eine andere Form und Phase unseres Kampfes für Befreiung dar. (...)

Über die Gewalt

Zu Beginn rufen wir die Geschichte als unseren Zeugen an, daß der PAC niemals Teil der ausartenden Gewalt und des Blutbades in unseren Townships und ländlichen Gegenden war. (...) Sowohl die beiden Berichte der Goldstone-Kommission, Amnesty International wie auch die Internationale Juristenkommission haben alle festgestellt, daß der PAC nicht in die Gewalt verwickelt ist, die durch unsere Townships rast. (...) Unsere Ansicht im PAC ist, daß die erste Ursache für all die Gewalt in unserem Land die Enteignung der einheimischen afrikanischen Massen von ihrem Boden ist und die Weigerung, ihnen ihr unverbrüchliches Recht auf Selbstbestimmung zu geben, wie es von der Siedlerpolitik, von Apartheid und Rassismus durchgesetzt worden ist.

Die Gewalt von Apartheid und Rassismus ist der Grund, zum Beispiel, daß die äußerste Rechte mit ihrer provokativen Gewalt gegen unsere Leute fortfährt, sie ist der Grund für die unerträgliche Forderung der äußersten Rechten nach einem Mini-Apartheid-Staat, verkleidet als ein „weißes Homeland“, und sie ist die Ursache für die Tiefen, in die Apartheid und Rassismus unser Land gezogen haben.

Heute behaupten der Staat und seine Stellvertreter, daß Apartheid nicht länger existiert.

Die Ansicht des PAC ist, daß Apartheid und Rassismus nicht tot sind, sie werden nur sterben, wenn wir das endgültige Ziel der Befreiung unseres Volkes erreicht haben, wenn Unterdrückung und Ausbeutung nicht länger existieren.

Wir halten auch daran fest, daß Apartheid und Rassismus die Gewalt inne- wohnt und daß sie gewalttätige Zustän-

de hervorgerufen haben, um sich am Leben zu erhalten. Um einen gewalttätigen Zustand aufrechtzuerhalten, wurden Sicherheitskräfte in der Form von Polizei und Armee errichtet, und sie sind erbarmungslos benutzt worden, um unser Volk und seinen Kampf für Emanzipation zu unterdrücken.

Der Sicherheitsapparat hat Agenten hervorgebracht wie die CCB, die Hannover-Einheit, Koevoet, die SAP-Mörderschwadronen, sogenannte Askaris, und die Banden fremder Söldner im 32. Bataillon. Alle diese haben die Rücken- deckung des Staates, und alle haben ein gemeinsames Ziel — einen unerklärten Krieg gegen das legitime und authentische Streben unserer Menschen nach Freiheit zu führen und so viele unserer Führer wie möglich auszuschalten.

Entgegen den gegenteiligen Erklärungen des Regimes gibt es keinen Beweis, daß irgendeine dieser Agententruppen aufgelöst worden ist.

Apartheid und Rassismus haben ebenfalls Ethnizismus und Stammesdenken befördert, mit dem unübersehbaren Ergebnis, das Brüder in einen Kampf auf Leben und Tod gegeneinander verstrickt sind und der Vater gegen den Sohn gehetzt wird.

Unser Standpunkt zur Gewalt in den afrikanischen Wohngebieten ist klar und zusammengefaßt in unserer Losung „Frieden zwischen den Afrikanern“.

Eine PAC-Regierung wird die Gewalt unverzüglich beenden. Unter den Schritten, die wir gehen werden, sind die folgenden:

a) Wir werden alle konterrevolutionären und reaktionären Formationen auflösen und ihre Mitglieder förmlich anklagen, weil sie gewalttätig waren oder weil sie gewalttätige Aktivitäten ausgelöst haben.

b) Wir werden alle fremden Söldner zurückführen.

c) Wir werden effektive Schritte unternehmen, um die Sicherheit und die Normalität des Lebens in den betroffenen Gegenden wiederherzustellen. Solche Schritte werden eine zusammenhängende Strategie beinhalten, mit den Massenunterkünften und ihrer großen Bevölkerung zu verhandeln, um ihnen unverzüglich ein Leben in Familieneinheiten zu ermöglichen und die Würde unserer unmenschlich behandelten Brüder und Schwestern wiederherzustellen, die verdammt waren, in den Massenunterkünften zu leben.

d) Wir werden sofort das System der Wanderarbeit beseitigen, aber wir werden keine Arbeiterin und keinen Arbeiter zwingen, sich irgendwo gegen seinen oder ihren Willen aufzuhalten.

e) Wir werden ein Gesetz zur effektiven Kontrolle aller Waffen durchsetzen. Diejenigen, denen illegaler Besitz von Waffen nachgewiesen wird, werden eines Verbrechens schuldig sein und mit Gefängnis bestraft werden.

Zur selben Zeit wird der PAC in Verfolgung der Losung „Frieden zwischen den Afrikanern“ eine Kampagne verfolgen, um den Dialog und die Versöhnung zwischen den kriegsführenden Parteien zu befördern.

f) Wir werden effektiv mit der Gewalt der äußersten Rechten fertig werden, die nur fortexistiert, weil es das Regime erlaubt.

Unter einer PAC-Regierung wird die äußerste Rechte, wie alle anderen Gruppierungen, ermuntert, ihre Probleme durch Verhandlungen zu lösen. ...

Wenn die äußerste Rechte auf der Fortführung der Gewalt beharrt, wird eine Regierung des PAC nicht zögern, die Staatsgewalt einzusetzen, um Stabilität und Ordnung zu sichern.



Das Elend der afrikanischen Bevölkerung ist groß. Wanderarbeiter in den Goldbergwerken müssen nach wie vor unter grausamen Bedingungen arbeiten, in den ländlichen Gebieten herrscht bittere Armut — und das Apartheid-Militär ist überall präsent. Bild: Sharpeville 1993. (Foto: Koen Wessing, Hollandse Hoogte)

Rechte contra Wahlen

**Südafrika
Azania**

Der folgende Artikel wurde vor der Einigung des Apartheid-Regimes und der ANC-Führung mit Inkatha am 19. April fertiggestellt. Verlässliche Berichte zur Beurteilung dieser „Einigung“ lagen aus verständlichen Gründen bei Redaktionsschluß nicht vor. Was vorlag, war das Fernsehbild eines triumphierenden Inkatha-Chefs Buthelezi am Abend des 19. April, der behauptete, alle seine Forderungen in den Verhandlungen mit dem ANC und dem Regime durchgesetzt zu haben. Und eines ZDF-Fernsehkommentators, der behauptete, die „Zulus“ hätten mit der (den Unionsparteien in der BRD und den imperialistischen Konzernen eng verbundenen) Inkatha ihr „Selbstbestimmungsrecht“ erfolgreich verteidigt. — (Redaktion)

Vom 26. bis zum 28. April werden in Südafrika/Azania die ersten Wahlen stattfinden, bei denen das Wahlrecht unabhängig von Hautfarbe und anderen rassistischen Kriterien für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landes gilt. Diese Wahlen sind das Ergebnis eines jahrzehntelangen Befreiungskampfes der afrikanischen Massen gegen koloniale Ausbeutung und rassistische Entrechtung, gegen Landraub und Wanderarbeit, gegen die Terrorherrschaft einer Siedlerminderheit, für Selbstbestimmung, für Gerechtigkeit und Gleichheit für alle, für die Rückgabe der Reichtümer des Landes an seine Einwohner. Obwohl das südafrikanische Regime im Auftrag und mit der massiven Unterstützung der mächtigsten imperialistischen Staaten der Welt diesen Befreiungskampf blutig unterdrückte, mußte das Regime

schließlich allgemeinen Wahlen zustimmen.

In diesen Wahlen sollen eine Nationalversammlung mit 400 Abgeordneten und ein Senat mit jeweils zehn Vertretern aus den in der Übergangsverfassung festgeschriebenen neun Regionen gewählt werden. Daraus soll — so legt es die Übergangsverfassung fest — eine Regierung der Nationalen Einheit hervorgehen, die bis 1999 im Amt bleibt und Nationalversammlung und Senat sollen eine Verfassung erarbeiten.

Die Wahlen werden also nur ein weiterer Schritt im Befreiungskampf sein und die Bestrebungen von imperialistischen Kräften und rechten Gruppierungen, die Wahlen wenigstens teilweise zu verhindern, sind heftig.

Ausnahmezustand in Natal untergräbt das Wahlrecht

Am 1. April hat das südafrikanische Regime den Ausnahmezustand über die Provinz Natal und das Homeland KwaZulu verhängt. Für diesen Schritt hat es die Unterstützung zumindest von Teilen der ANC-Führung, aber keine andere Organisation des Befreiungskampfes stimmt dieser Maßnahme zu. Die Versammlungsfreiheit in Natal ist eingeschränkt, und damit sind grundlegende Voraussetzungen für die Wahlen nicht mehr gegeben. Wahrscheinlich werden in KwaZulu keine Wahllokale geöffnet, sondern die Wählerinnen und Wähler müssen außerhalb des Homelands wählen.

Die Regierung begründet ihren Schritt mit den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, die während

der Demonstration von 40000 Anhängern der Inkatha-Bewegung in Johannesburg ausbrachen. Die Angriffe aus der Demonstration sind von rechten Kräften in der Polizei mitprovoziert. Die noch geltenden Waffengesetze der Rassisten erlauben in Südafrika keinem Afrikaner das Tragen einer Waffe — und sei es ein Küchenmesser. Säbel, Knüttel, Schilde und Feuerwaffen sind für Afrikaner ausdrücklich verboten. Wenn die Polizei die Inkatha-Demonstration so durch die Stadt ziehen ließ, beabsichtigte sie das Blutbad. Inzwischen liegen mehrere Berichte von staatlichen und unabhängigen Kommissionen zur Untersuchung der Gewalt vor, die feststellen, daß Teile der Sicherheitskräfte und der Polizei in die gewalttätigen Auseinandersetzungen in den Townships verwickelt und für Massaker verantwortlich sind. Sie agieren scheinbar auf der Seite von Inkatha, tatsächlich ist aber ihre Absicht, den Prozeß der Befreiung in Südafrika aufzuhalten und umzukehren.

Zusammenspiel von Regime und Inkatha-Bewegung

Aus diesem Grund ist auch der Einsatz von Teilen der südafrikanischen Streitkräfte und der südafrikanischen Polizei zur Durchsetzung des Ausnahmezustandes äußerst gefährlich. Nachweislich existieren die rechten Gruppen in allen Abteilungen des staatlichen Gewaltapparates. Auch besonders berüchtigte Truppen wie die Söldnertruppen aus dem Bataillon 32 werden zur Durchsetzung des Ausnahmezustandes eingesetzt.

Noch kurz vor den Wahlen verhandeln jetzt das Regime, der ANC und andere Mitglieder des Übergangsrates (TEC) mit Vertretern der USA (Kissinger), Großbritanniens (Carrington) und anderer imperialistischer Staaten, darunter auch aus der BRD (der Politikwissenschaftler Kevenhörster), über eine Änderung des Wahlverfahrens. Die imperialistischen Staaten und die großen Konzerne sind daran interessiert, daß nach den Wahlen in Südafrika ihr Wirken nicht beschränkt wird. Sie wirken

Imperialisten wollen ihren Einfluß und Besitz behalten

für einen Ausgang der Wahlen, der ihnen weiterhin den Zugriff auf die reichen Bodenschätze des Landes und die Arbeitskraft der afrikanischen Massen sichert. Jahrelang haben sie von den afrikanischen Organisationen nur Inkatha unterstützt. Diese exklusive Unterstützung haben sie jetzt eingestellt, auch andere Parteien und Organisationen der Afrikaner erhalten Geld aus dem Ausland. Davon ausgeschlossen sind allerdings alle die Organisationen, die, wie der Panafrikanist Congress of Azania (PAC), eindeutige Positionen zur Landfrage erheben.

PAC zur Landfrage: Das Land gehört den Schwarzen

Der PAC kandidiert — trotz großer Bedenken gegen die Übergangsverfassung und das Wahlverfahren — bei den Wahlen. In den südafrikanischen Medien wird entweder gar nicht über ihn berichtet oder er wird wegen seiner Haltung zur Landfrage heftig angegriffen. Der PAC hat bei den Auseinandersetzungen unter den Afrikanern eine beruhigende Position eingenommen. Wir dokumentieren aus seinem Wahlprogramm das Vorwort und Auszüge aus dem Abschnitt über die Gewalt, mit dem der PAC sein Wahlprogramm eröffnet. — (uld)

Freihandel gegen die Arbeit

Das neue GATT-Abkommen wurde in Marrakesch unterzeichnet

Was ist unter dem heutigen Gesellschaftszustand der Freihandel? Die Freiheit des Kapitals. Habt ihr die paar nationalen Schranken, die noch die freie Entwicklung des Kapitals einengen, eingerissen, so habt ihr lediglich seine Tätigkeit völlig entfesselt ... Alle destruktiven Erscheinungen, welche die freie Konkurrenz in dem Innern eines Landes zeitigt, wiederholen sich in noch riesigerem Umfang auf dem Weltmarkt ... Man sagt uns zum Beispiel, daß der Freihandel eine internationale Arbeitsteilung ins Leben rufen und damit jedem Lande eine mit seinen natürlichen Vorteilen harmonisierende Produktion zuweisen würde. Sie glauben vielleicht, meine Herren, daß die Produktion von Kaffee und Zucker die natürliche Bestimmung von Westindien sei. Vor zwei Jahrhunderten hatte die Natur, die sich nicht um den Handel kümmert, dort weder Kaffeebäume noch Zuckerrohr gepflanzt ... (Karl Marx, Rede über die Frage des Freihandels, zit. nach Ges. Werke, Dietz Verlag Berlin 1969, Band 4, S. 444)

Schrankenloser Weltmarkt für imperialistische Konzerne

Diese Polemik von Marx gegen die kapitalistischen Freihändler, vorgetragen vor 146 Jahren im Zusammenhang mit dem Streit in England um die Aufhebung der Korn-Gesetze, hat — leider — heute immer noch brennende Aktualität. Das am vergangenen Wochenende in Marrakesch verabschiedete neue Welthandelsabkommen wird die Situation der Gesellschaften in der Dritten Welt allgemein und die Lage der Arbeiter und Bauern sowohl in den imperialistischen Metropolen wie in der Dritten Welt noch schwieriger gestalten. Die Konkurrenz zwischen den arbeitenden Klassen wird weiter zunehmen, während die imperialistischen Konzerne noch schrankenloser schalten und walten können.

Ein wichtiger Bestandteil des Abkommens ist die weitere Entfesselung der Konkurrenz im Agrarbereich. Hier

sollen weltweit Zölle gesenkt und Subventionen abgebaut werden. Es geht den imperialistischen Konzernen dabei darum, das Verhältnis zwischen Grundrente und Profiten überall zu Lasten der Grundrente und zu Gunsten ihrer Profite zu verändern.

Dazu sollen in den imperialistischen Gebieten Agrarsubventionen (z.B. im Exportbereich) abgebaut werden, während die Staaten der Dritten Welt ihren Zollschatz gegen Agrargeschäfte der Konzerne des imperialistischen Nordens abbauen müssen. Der Abbau der Agrarexportsubventionen wird zur Folge haben, daß z.B. in der EG die Überproduktion stärker auf die Binnenpreise drückt und die Einkommen der Bauern im EG-Bereich weiter zurückgehen. Das fördert die „Preisstabilität“ und soll den Konzernen weitere Vorwände schaffen, um auch die Reallöhne zu senken.

Für die bisher mit EG-Agrarexporten überrollten Staaten der Dritten Welt werden die EG-Lieferungen dagegen womöglich wegen des Wegfalls der Exportsubventionen zuerst einmal teurer. Da das GATT-Abkommen aber gleichzeitig einen Abbau von Zollschranken vorsieht, werden am Ende nur die Zolleinnahmen der Staaten der Dritten Welt sinken, die Profite von Konzernen wie Unilever, Nestle, oder von Handelsketten wie Metro, Tengelmann usw. aus dem internationalen Agrarhandel dagegen sogar noch weiter steigern.

Die Armen in Kalkutta werden also auch künftig ihre Nahrungsmittel nicht nur von indischen Grundherren, sondern vermehrt auch von Unilever, Nestle oder ähnlichen Konzernen kaufen können — welch ein Fortschritt! Ganz zu schweigen von den Folgen dieser stärkeren Weltmarktkonkurrenz für die indischen oder afrikanischen Bauern und die Tagelöhner auf den Gütern der Grundherren. Ihre Lage wird durch das noch rabiatere Vordringen der imperialistischen Agrar- und Handelskonzerne auf den Märkten der Dritten Welt noch unerträglicher.

Selbst das Europa-Parlament hat sich kritisch zum GATT-Abkommen geäußert. In einer Entschließung stellte es bereits im Februar fest:

— „daß das GATT-Übereinkommen je nach Entwicklungsland und sogar je nach Bevölkerungsgruppe unterschiedliche Auswirkungen hat und in den kommenden Jahren für die nahrungsmittelimportierenden afrikanischen Staaten südlich der Sahara und die am wenigsten entwickelten Länder unter Umständen sogar ein Sinken des Nationaleinkommens bewirken wird ...“ — „daß durch die Ergebnisse ... im Agrarbereich ... die am wenigsten entwickelten Länder (LDC), die gleichzeitig Nahrungsmittelimporteure sind, auf der Verliererseite stehen werden ...“

Auch wenn das Parlament damit indirekt gegen den Abbau von Agrar-Exportsubventionen der EG polemisieren will — richtig ist, daß die Nahrungsmittelsituation der Staaten der Dritten Welt, deren Landwirtschaft schon jetzt vielfach zerstört ist, durch das GATT-Abkommen noch schwieriger wird.

Mindestens ebenso katastrophal werden sich die allgemeinen Zollsenkungen für Industriewaren — auch hier ist die Rede von durchschnittlich über 30 Prozent Zollsenkung — in der Dritten Welt

auswirken. Das Europa-Parlament hat dies als „Neuorientierung weg vom Konzept der Imports substitution hin zum Konzept einer exportorientierten Entwicklungsstrategie zu einer umfangreichen Zollsenkung und Bindung im Rahmen des GATT“ beschrieben.

„Imports substitution“ meint „Ersetzung von Importen“ durch eigene Produkte und war lange eine Losung, mit der die Gesellschaften der Dritten Welt nach der Befreiung aus der Kolonialherrschaft versuchten, eine eigene Industrie aufzubauen, geschützt durch Zölle gegen imperialistische Waren. Diese Politik ist mit dem GATT-Abkommen erneut geschwächt. Stattdessen soll eine „exportorientierte Entwicklungsstrategie“ verfolgt werden. Dahinter verbirgt sich die demagogische Theorie, die Entwicklungsländer würden durch Export ihrer Rohstoffe, ihrer Handwerks- und Industriewaren in die imperialistischen Metropolen reich und blühend. Zum „Beweis“ ihrer Theorie verweisen die Imperialisten auf terroristische Regimes wie Taiwan, Süd-Korea, Singapur, Hongkong, die Türkei. In Wirklichkeit ist der Terror in diesen Ländern gegen die Arbeiter und Bauern ebenso wie die hoffnungslose Armut der Kaffeebauern in Mittel- und Südamerika, der Baumwollpflücker in Ägypten, der Jutebauern in Indien Beweis für das Unglück, das diese Strategie der Imperialisten in der Dritten Welt immer weiter anrichtet.

DGB: Sozialstandards sind wichtiger als Freihandel

Umso erfreulicher ist, daß der DGB Kritik an dem GATT-Abkommen vorgebracht hat. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer forderte eine Woche vor Unterzeichnung des Abkommens, „bei der Unterzeichnung der Verträge ... Sozialklauseln zu verankern, mit denen jeglicher Form von Kinderarbeit, Sklaven- und Zwangsarbeit sowie der Unterdrückung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten ein formaler Riegel vorgeschoben werden kann ... Dabei könne und müsse die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) ... eine wichtige Rolle spielen“. Die Kritik von Bundeswirtschaftsminister Rexrodt, der „unzulässig und unverantwortlich“ behauptet habe, mit Sozialklauseln würde „ein neuer Protektionismus“ entstehen, wies Engelen-Kefer als „verantwortungslosen Zynismus und Verdummung der Öffentlichkeit“ zurück.

Bekanntlich unterläuft die Bundesregierung schon jetzt mit ihrer Deregulierungsstrategie zahlreiche internationale Sozialstandards — etwa das Nachtarbeitsverbot für Frauen, Abkommen gegen Berufsverbote usw. Die Forderung des DGB nach internationalen Sozialstandards ist deshalb unbedingt zu unterstützen. Wenn zum Beispiel Heiner Geissler oder sonst ein hiesiger Weingut- oder Obstfeld-Besitzer künftig beim Export Probleme bekommt, weil er (mit Hilfe von Blüms Arbeitsministerium) Arbeitslose zur Zwangsarbeit bei der Ernte heuerte — warum eigentlich nicht?

Quellen: DGB-Pressemitteilung ND 96 vom 8. April 1994; Europäisches Parlament, Entschließung Nr. A3-0149/94 — (rül)



Druckverband maßlos

Kapitalistenverband sieht sich im Krieg statt im Tarifkonflikt

Mit einem „Zwischenfall“ wurde am 18. April der dritte Schlichtungstermin des Tarifkampfes in der Druckindustrie ohne neuen Termin vertagt. Die Tagesschau meldete: „Protestierende Drucker waren in den Tagungsraum eines Frankfurter Hotels gedrungen, um gegen die Haltung der Arbeitgeber zu protestieren. Dabei wurde der Geschäftsführer des Bundesverbandes Druck nach eigenen Angaben tödlich angegriffen. Die Arbeitgeber erklärten daraufhin, sie seien nicht bereit, weiterzuverhandeln.“ Auch wenn im Moment (bei Redaktionsschluss) der genaue Hergang nicht klar ist, weist der Vorfall doch auf die zugespitzte Lage in dieser Tarifaufeinandersetzung hin.

Die IG Medien führt im Bereich Druckindustrie nicht nur Lohnverhandlungen, sondern gleichzeitig findet eine Auseinandersetzung über den Manteltarifvertrag statt, deren Schärfe selbst für diesen Bereich ungewöhnlich ist. Vor vier Jahren hatte sich die IG Medien darauf konzentriert, die 35-Stunden-Woche (in einem Stufenplan bis 1994) durchzusetzen. Alle übrigen Bestandteile des Manteltarifvertrags blieben in Kraft. Das geschah damals mit dem Versprechen an die Mitglieder vor allem in den Schichtbetrieben, ihre dringenden Forderungen zur Milderung der Folgen von Nacht- und Schichtarbeit und zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes sollten zum nächsten Verhandlungstermin umgesetzt werden. Gleichzeitig will die IG Medien auf die veränderte Situation in den Betrieben eingehen durch Forderungen nach Frauengleichstellung und mehr Beteiligung am Arbeitsplatz, wie sie vor allem auch aus Angestelltenbereichen erhoben werden.

Die Schwerpunkte der Manteltarifvertrag-Forderungen sind:

- Entlastung der Schichtarbeiter einschließlich einer Tarifrrente für Nachtarbeit;
- Verbesserung des Gesundheitsschutzes;
- Beteiligungsrechte jedes Beschäftigten, vor allem in Fragen der Arbeitszeitgestaltung;
- Schutz für Teilzeitbeschäftigte;

- Frauengleichstellung;
- arbeitszeitverkürzende Bestimmungen zwecks Eindämmung der Arbeitslosigkeit;
- in den neuen Bundesländern die gleiche Wochenarbeitszeit wie in den alten.

Die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag begannen am 1. Dezember 1993, und von Anfang setzten die Druckunternehmer auf Boykott. Jedes Gespräch über das Forderungspaket oder auch nur eine einzige Forderung lehnte der Bundesverband Druck ab; und sein Vizepräsident und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses, Dr. Wolfgang Pütz, trug vor, hinter dem Forderungspaket der IG Medien stehe „letztlich die Intention der Sozialisierung der Betriebe und unserer Wirtschaft“. Diesen Text verbreitete der Bundesverband Druck dann im Januar 1994 in den Druckbetrieben als Broschüre mit dem Titel „Die Zwangsjacke — Stellungnahme des Bundesverbandes Druck zu den Tarifforderungen der IG Medien“. „Wir wissen, was die IG Medien wirklich will“, heißt es da. „Wir wissen, daß sie trotz des Konkurses der sozialistischen Systeme auf diese schwört. Ich persönlich habe immer wieder gesagt, daß ich diese soziale Marktwirtschaft und das damit verbundene Gesellschaftssystem in dieser Bundesrepublik mit allen mir zur Verfügung stehenden Kräften unterstütze und verteidige. In diesem Willen weiß ich die Unternehmer der Druckindustrie geschlossen hinter mir.“ Der Bundesverband Druck sieht sich offenbar nicht mehr in einer Tarifverhandlung, sondern in einem Krieg. „Jede Forderung dieses Paketes setzt jedoch ein Stück notwendiger unternehmerischer Freiheit und ordnungspolitisch notwendiger Spielräume außer Kraft (...) Mit diesem Forderungspaket startet die IG Medien den Generalangriff auf die Marktwirtschaft ...“ Diesen

Ton schlagen die Druckunternehmer auch in ihren zahlreichen Aushängen und Briefen an die Beschäftigten an.

Nachdem der Bundesverband Druck sich jeder Verhandlung verweigerte, rief die IG Medien den Schlichter an, um überhaupt zu einem Termin zu kommen. Am 8. Februar fand die Schlichtung zum Manteltarifvertrag statt. Wieder forderte der Bundesverband Druck, die IG Medien müsse ihr gesamtes Forderungspaket vom Tisch nehmen. Die IG Medien schlug eine Denkpause vor, um zunächst die Situation zu entspannen und dann vielleicht wieder ins Gespräch zu kommen. Auch dies wiesen die Druckunternehmer schroff zurück. Stattdessen deuteten sie an, daß sie Teile des bestehenden Manteltarifvertrages aushöhlen und den Flächentarifvertrag in Frage stellen wollen.



In den Tarifverhandlungen für die Papier- und Kunststoffverarbeitung im März wurden die Unternehmer konkret mit ihren Gegenforderungen: Die „Öffnung des Manteltarifvertrages für betriebsindividuelle Lösungen“ solle den Betrieben Kostenentlastung bringen, das heißt für

einzelne Betriebe, Beschäftigtengruppen oder einzelne Arbeitnehmer Arbeitszeiten mit der Rückkehr zur 40-Stunden-Woche oder auch, „wenn dieser Weg der kostengünstigere ist gegenüber Entlassungen“, eine Arbeitszeitverkürzung auf 34 Stunden pro Woche. Der Verteilungsspielraum soll auf zwölf Monate ausgedehnt werden, d.h. Jahresarbeitszeit. Sollte die IG Medien darauf nicht eingehen, werde über Lohn und Gehalt nicht verhandelt.

Am 31. März kündigte die IG Medien den Lohnvertrag im Druckgewerbe mit den Forderungen:

- Erhöhung der Löhne und Gehälter um fünf Prozent und zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen;
- Verhandlung über Beschäftigungs-

cherung unter Berücksichtigung der arbeitsplatzsichernden Forderungen zum Manteltarifvertrag;

— als eine beschäftigungssichernde Maßnahme soll das Vorziehen der 33-Stunden-Woche diskutiert werden.

Durch die Verbindung der Lohnforderungen mit „Eckwerten für Tarifverträge zur Sicherung der Arbeitsplätze“ versuchte die IG Medien, den Knoten in den festgefahrenen Verhandlungen zu lockern. Der Bundesverband Druck hatte daran kein Interesse. Am Vorabend der ersten Lohnrunde im Druckbereich bot Hauptgeschäftsführer Klemm vom Bundesverband Druck eine „Beschäftigungsoffensive“ an: Arbeitsplätze könnten nur gesichert und geschaffen werden, „wenn Kostensteigerungen gebremst werden und die Wettbewerbsfähigkeit durch Flexibilisierung der Arbeitszeit gestärkt wird“. In der Verhandlung am 16. 3. gab es statt eines Angebots die Erpressung, nur wenn die IG Medien darauf eingehe, seien die Arbeitgeber zu moderaten Lohnerhöhungen bereit. In der zweiten Verhandlungsrunde am 23. März setzte der Bundesverband Druck konkret nach: Arbeitszeitkorridor nach oben und unten; zuschlagsfreie Überstunden bei langem Ausgleichszeitraum, Wiedereinführung der Samstagsarbeit (als normaler Arbeitstag), keine Verbesserungen bei Teilzeitarbeit. Niedrigere Einstiegsgehälter bei der Einstellung älterer und arbeitsloser Menschen seien ein Anreiz, Erwerbslose von der Straße zu holen und den Alten eine Chance zu geben. Über Lohn könne geredet werden, wenn man bei diesem Beschäftigungspaket vorangekommen sei. Die Arbeitgeber erklärten das Scheitern.

Die Mitglieder haben „von Kiel bis Kempten“ die gesamten Verhandlungen mit zahlreichen Warnstreiks unterstützt. Aber inzwischen muß man nicht mehr fragen, welche Fortschritte kann sie durchsetzen, sondern: Wie kommt die IG Medien noch mit einem blauen Auge davon? Nach den Tarifabschlüssen bei Chemie, Metall und ÖTV war schon zu befürchten, daß es in der Druckindustrie nicht zur tarifpolitischen Wende in der Sozialpolitik kommt. — (ulk)



Am 9. April demonstrierten in Bonn über 15000 Frauen und Kinder gegen die Abschiebung von Kurden. Diese erste erlaubte Demonstration nach einer Reihe von Verboten verlief sehr friedlich. Die Frauen reisten aus der ganzen BRD und den umliegenden Ländern an, um der Forderung Nachdruck zu verleihen. Trotz Kälte und Hagel herrschte fast Volksfeststimmung — ein neuer Beweis, daß Kurden nicht mit Terroristen vergleichbar sind. Die gesamte Organisation und Ordnung lag in Händen von Kurdinnen. — (d.g., Bild: H.)

Widerstand gegen Kürzungen im Bildungsbereich

Hamburg. Zu einer Großdemonstration rufen GEW, SchülerInnenkammer, AStA der Universität, Referendaraus-schuß sowie eine wachsende Zahl verschiedener Organisationen für den 27. April auf. Der Widerstand richtet sich gegen drastische Kürzungen im gesamten Bildungsbereich: Im Berufsschulbereich sollen 600 Lehrerplanstellen gekürzt oder verlagert werden, die Studienanfängerzahlen sollen in Hamburg um 10 bis 15 % gekürzt werden, fast alle Lehrer sollen länger arbeiten (Erhöhung der Wochenstundenverpflichtung), bei den Lehr- und Lernmitteln und im Schulbau soll gekürzt werden, ganze Schularten wie höhere Handelsschulen, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsaufbauschule, Fachoberschule Klasse 11, doppeltqualifizierende Bildungsgänge in Bergedorf, Steilshoop und Altona sollen künftig wegfallen. Deutsch-Intensiv-Kurse und Alphabetisierungskurse für Ausländer sollen privatisiert werden. Die Referendare, also Lehrer in der zweiten Ausbildungsphase, die an Schulen absolviert wird, sollen bedarfsdeckenden Unterricht ertei-

len, wodurch 180 Lehrerplanstellen wegfallen sollen (ein besonderer Zynismus: Junglehrer arbeiten dafür, daß 180 von ihnen anschließend arbeitslos werden, weil ihre Stellen gekürzt werden!). (aus: PDS-Info/Lokalberichte Hamburg)

Homosexuelle Paare können doch Segen bekommen

Norderstedt. Die Evangelische Kirche hat wieder Streit um die Frage der Bewertung der Homosexualität. Kirchlich-traditionell sind gleichgeschlechtliche Partnerschaften strikt verpönt: „Darum hat sie Gott auch dahingegeben in schändliche Lüste ... auch die Männer haben verlassen den natürlichen Brauch des Weibes und sind aneinander erhitzt in ihren Lüsten und haben Mann mit Mann Schande getrieben und den Lohn ihres Irrtums an sich selbst empfangen.“ So Paulus. Dagegen wird es bald die ersten offiziellen kirchlichen Segenshandlungen für homosexuelle Lebensgemeinschaften geben. Der Propst der lutherischen Kirche für die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein, V. Jakobsen, kündigte in der Tageszeitung der deutschen Minderheit in

BOEHRINGER MANNHEIM**Hausverbot für den Chefmanager**

Seit 14. März herrscht bei dem Pharmahersteller Boehringer Mannheim GmbH im Stammwerk Aufruhr. 4000 der mittlerweile noch ca. 6000 Beschäftigten nahmen an einer Betriebsversammlung teil, die den Chefmanager Dr. Max Link einstimmig zur „unerwünschten Person“ erklärte.

Seither finden fast wöchentlich Betriebsversammlungen statt mit anschließenden Aktionen vor den Werkstoren: ein Korso durch die Stadt, Werksrundungen, Menschenketten. Link verschob bis jetzt alle angekündigten Visiten im Werk.

Grund für die Aktionen: Die Belegschaft wehrt sich gegen von der Holding Corange Ltd. (Bermudas) geplante Umstrukturierungsmaßnahmen, deren wichtigster Punkt gegenwärtig die juristische und möglicherweise auch örtliche Ausgliederung des Inlandsvertriebes ist. Von dieser Maßnahme wären ca. 1200 Menschen unmittelbar betroffen; der Betriebsrat befürchtet jedoch eine Gefährdung für den ganzen Standort Mannheim.

Begleitumstand: Die Kapitalseite ist intern verkracht. Mehrere Clans teilen sich den Konzern, lassen sich aber von Banken vertreten. Lediglich „Firmenpatriarch“ Curt Engelhorn, Vorstandsvorsitzender, ist selbst aktiv. Er gründete vor Jahren die Holding Corange und berief vor einem Jahr Link, bis dahin Sandoz-Manager, zum „Chief Executive Officer“. Dieser zimmerte das Programm „Corange 2000“, das Corange unter die ersten 20 der Welt-Pharmabranche bringen soll. Er hat dazu eine „Kriegskasse“ von 1,1 Milliarden DM für Akquisitionen organisiert. Engelhorn hält 40 Prozent der Corange, wurde aber von Link am 12.3.94 für abgesetzt erklärt.

Engelhorn opponiert weiter gegen die Ausgliederung des Vertriebs. Diese Machtfrage ist gegenwärtig noch offen. Auf der letzten Betriebsversammlung betonte der Betriebsrat: Es geht uns nicht um Link oder Engelhorn, sondern um die Sicherheit der Arbeitsplätze. — (tht)

BAUHAUPTGEWERBE**Schlechtwettergeld wird vorerst weitergezahlt**

Die Baurufe sind zum 1.4. um ca. 2,5 Prozent angehoben worden — real eine Lohnsenkung.

Über 10000 Bauarbeiter hatten sich im Norden wegen der Witterung Anfang März arbeitslos gemeldet. Darauf nahm Bundesarbeitsminister Blüm die Kürzung des Bezugszeitraumes für das Schlechtwettergeld zurück. Die Änderung soll in das Beschäftigungsförderungsgesetz eingebaut werden. Für die Monate März und November 1994 wird wieder Schlechtwettergeld gezahlt, letztmals jedoch im März 1995.

Im Gegenzug haben sich die Tarifparteien bereit erklärt, nach den Tarifgesprächen über ein „ganzjährig gesichertes Einkommen und die Verteilung der Jahresarbeitszeit“ Gespräche zu führen. „Arbeitsstunden, die im Winter ausfallen, könnten im Sommer nachgeholt werden“, das will Blüm.

Die Löhne im Bauhauptgewerbe erhöhen sich ab dem 1. April um 2,4 Prozent,

mit 12 Monaten Laufzeit. Für Baufacharbeiter gibt es weitere 3 Pfennig. Für die unteren Einkommensgruppen bei den Angestellten werden zusätzlich 0,1 Prozent gezahlt.

In den neuen Bundesländern wird der Lohn von 85 auf 90 Prozent (gefordert war 100 Prozent) des Westniveaus angehoben, aber erst ab dem 1. September. Gleichzeitig findet dann eine früher vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 39 Stunden (wie im Westen) statt.

Über die Verschiebung der Lohnangleichung sind die Baukapitalisten besonders erfreut. Der Vorsitzende der IG BSE Bruno Köbele erklärte: „Die Gewerkschaft habe trotz günstiger wirtschaftlicher Lage der Baubranche keine Sicherung der Reallöhne erreichen können.“ Wenn der Bank-Tarifabschluß nicht so schlecht gewesen wäre, hätte die IG BSE höher abschließen können. Von 90 Tarifkommissions-Mitgliedern stimmten 56 für den Abschluß. — (kaq)



Die Mär vom Goldesel:

Gauweiler merkt nun, echt verblissen, „Sah aus wie Gold — nun ist geschlissen...“

(SZ-Text, SZ-Zeichnung: E. M. Lang)

Volksbegehren: „Mehr Demokratie in Bayern“

1992 begannen aktive Bürgerinnen und Bürger, sich für zwei neue Volksbegehren einzusetzen. Ziel ist die Verbesserung der mageren Mitentscheidungsrechte der bayerischen Bevölkerung.

Im Mai 1993 waren die beiden Gesetzentwürfe erarbeitet. Zum einen der über „Bürgerentscheid in Gemeinden und Kreisen“, zum anderen der über „Faire Volksentscheide“. Ende 1993 hatten die Initiatoren je Begehren 25000 Unterschriften von Wahlberechtigten für die Zulassung eines Volksbegehrens zusammen. Bis Juni 1994 wird weitergesammelt, um mit dem Anliegen in der (Medien-)Öffentlichkeit präsent zu bleiben. Im Sommer werden die von Zehntausenden unterschriebenen Gesetzentwürfe als Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens beim Bayerischen Innenministerium eingereicht. Dieser taktische Zeitplan macht die Volksbegehren zu einem Thema des Landtagswahlkampfes, zu dem die Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten befragt werden können und Stellung nehmen müssen.

Auf Gemeindeebene treffen politische Entscheidungen die Bürgerinnen und Bürger direkt und hautnah. Das Gemeinschaftsleben wird nachhaltig beeinflusst. Noch fehlt allerdings ein geeignetes Recht der Mitsprache. Die Gemeinde- und Landkreisordnungen sehen den Bürgerentscheid bisher nicht vor. Deshalb soll er nun per Volksbegehren eingeführt werden.

Der neue Bürgerentscheid soll zu wichtigen Sachfragen wie etwa Bau eines öffentlichen Großprojektes, Abfallnutzung, öffentlicher Nahverkehr u.ä. stattfinden, wenn 3 bis 10 % der Wahlberechtigten (je nach Gemeindegröße) oder zwei Drittel der Gemeinderatsmitglieder ihn verlangen. Dieses Zulas-

sungsquorum ist die Voraussetzung für den Antrag auf Zulassung eines Bürgerentscheids. Entscheidet das Gemeinderat (Stadt- oder Gemeinderat) oder — wenn dieses sich weigert — ein Gericht, daß das Begehren zulässig ist, muß der Bürgerentscheid innerhalb von 3 Monaten stattfinden. Die Kommune übernimmt die Kosten. Einem Bürgerentscheid kommt die Wirkung einer Gemeinderatsentscheidung zu. Der Gemeinderat hat auch die Möglichkeit, im Sinne des Begehrens zu entscheiden — dann entfällt ein Bürgerentscheid.

Seit 1946 sind in der Bayerischen Verfassung Volksbegehren und Volksentscheide vorgesehen. Ihre Ausgestaltung ist jedoch so schwierig, daß diese Gesetzgebungsform durch das Volk bisher kein nennenswertes Instrument lebendiger Demokratie in Bayern werden konnte. Im internationalen Vergleich gibt es in der Bundesrepublik die schwierigsten Hürden und die kürzesten Eintragungsfristen. Der neue Gesetzentwurf sieht deshalb bessere Rahmenbedingungen für einen Volksentscheid vor. Die Hürden für zukünftige Volksbegehren sollen niedriger, die Volksgesetzgebung fairer werden.

Die Kritiker der Volksbegehren befürchten bei einer entsprechenden Gesetzesänderung Chaos und Katastrophen. Sie sprechen von einem „Klotz am Bein“ der Verwaltung und von „ständigen Verzögerungen“ der politischen Entscheidungsprozesse. Landshuts OB Deimer, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, glaubt, daß dann „Bürger versuchen, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl ihre Eigeninteressen durchzusetzen“. Gerade das aber kennzeichnet wohl eher den momentanen Zustand der verfilzten bayerischen Parteidemokratie. — (dil)

Dänemark, dem Nordschleswiger (Apenrade) an, daß er künftig homosexuelle Partnerschaften segnen werde: „Es liegt nichts Verkehrtes darin, schwulen und lesbischen Paaren den kirchlichen Segen zu geben.“ Laut Jakobsen kann jeder Pastor der Kirche nach seinem Gewissen entscheiden, ob er entsprechende Segnungen vornimmt. Voraussetzung sei jedoch, daß die Paare die dänische Staatsangehörigkeit besitzen. In Dänemark können sich homosexuelle Paare seit dem 1.10.1990 standesamtlich trauen lassen. In der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche ist eine Segenshandlung für gleichgeschlechtliche Partnerschaften nicht zulässig. Die dänische Kirche in Südschleswig hat rund 6500 Mitglieder in 44 Kirchengemeinden. Sie beschäftigte 24 Pastoren. — (hel)

Demonstration gegen REP-Veranstaltung

Würzburg. Am Samstag, den 9.4., fand in Würzburg das Regionalplenum der autonomen Antifaschisten statt. Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung von Aktionen gegen die für den 4.6. angekündigte Wahlveranstaltung der Repu-

blikaner mit Hauptredner Franz Schönhuber, die in der Carl-Diem-Halle stattfinden soll. Die Stadt Würzburg will den Klageweg nicht beschreiten, weil sie „keine Chance“ sieht. Es hat sich ein Bündnis gebildet, in dem unter anderem der DGB, die PDS, die Grünen, Autonome, ESG/KHG und eine Friedensinitiative mitarbeiten. Das Bündnis ruft zu einer Gegendemonstration am 4.6. auf. Die Demonstration führt aber nicht an der Halle vorbei. — (jüw)

Kurdenprozeß und Demonstrationsverbot

München. Zum 12. April, dem Beginn des Prozesses gegen 13 junge Kurden, die im Juni vergangenen Jahres vorübergehend das türkische Konsulat besetzt hatten, hat der bayerische Innenminister Beckstein alle Demonstrationen und Kundgebungen in München verboten. Im Laufe des Vormittags wurde ein Kurde bei der Anreise wg. Augsburg festgenommen. Das Konzept der Polizei, möglichst viele „Abschiebekandidaten“ zu fangen, ging nicht auf, da die meisten Kurdinnen und Kurden die Falle erkannten. In einer Presseerklärung zum Prozeßbeginn stellte die Verteidigung

der Angeklagten fest: „1. Am 24.6.93 haben unsere Mandanten ... das türkische Konsulat in München besetzt. Sie wollten mit ihrer Aktion die deutsche und internationale Öffentlichkeit auf das Schicksal ihres Volkes in der Türkei aufmerksam machen. (...) Deshalb haben unsere Mandanten gefordert: Bundeskanzler Kohl solle sich bei der türkischen Regierung persönlich dafür einsetzen, daß der Krieg in Kurdistan beendet wird und die Kampfparteien zu friedlichen Verhandlungen übergehen, Bundeskanzler Kohl solle sofort die Waffenhilfe an die Türkei stoppen, und Bundeskanzler Kohl solle in einer Fernsehansprache die Öffentlichkeit über die Situation in Kurdistan informieren. (...) Unsere Mandanten haben während ihrer Aktion die Angestellten des Türkischen Generalkonsulats festgehalten. Kranke wurden sofort und alle Frauen nach einigen Stunden freigelassen. (...) Unsere Mandanten haben die Angestellten des Konsulats nie im Unklaren darüber gelassen, daß sich ihre Aktion nicht gegen sie richtet. (...) Die jetzigen strafrechtlichen Vorwürfe lauten auf Nötigung von Verfassungsorganen und Geiselnahme. Beide Straftatbestände sehen ... langjährige Haftstrafen vor. Danach droht

unserem Mandanten die Abschiebung in die Türkei, was weitere langjährige Inhaftierung, Folter und Tod bedeuten kann. (...)“

aus: Lokalberichte München — (rül)

Über 2000 gegen sozialen Kahlschlag

Essen. Über 2000 Leute haben am 16.4. in der Essener Innenstadt gegen die Kürzung sozialer Leistungen protestiert. „Ein neues Projekt: Die Stadt fördert Straßenkinder“, mit solchen Transparenten demonstrierten vor allem Jugendverbände zum Rathaus, darunter viele kirchliche. Nachdem der Regierungspräsident als Aufsichtsbehörde den vom Rat verabschiedeten, nicht vollständig gedeckten Haushalt für 1994 nicht genehmigt hat, befürchten sie das Aus für Kindergärten, Ferienfreizeiten, Jugendsozialarbeit, Altenbegegnungsstätten und Stadtteilbibliotheken. Fast ein Viertel der von der Verwaltungsspitze inzwischen vorgelegten Streichungsvorschläge in Höhe von 46 Mio. DM für das laufende Jahr trifft Projekte in diesen Bereichen. Bei einer Ratssitzung am 27.4. soll entschieden werden. — (wof)

Volksgruppenhetze!

Die Berliner Kriminalitätsstatistik ist auf völkische Hetze zugeschnitten

Kriminalitätsanstieg weitgehend gestoppt, jedoch kein Grund zur Entwarnung (...) Berlin darf nicht hinnehmen, daß sich die Eliten der internationalen Verbrecherorganisationen hier festsetzen. Unter dieser Propagandaleitlinie steht der Bericht des Innensenats zur Entwicklung der Kriminalität. Akribisch führt die Statistik zu jeder Deliktsart den Anteil an ausländischen Tatverdächtigen auf, wohl-gemerkt Tatverdächtige, nicht überführte Täter. Eine Ausnahme wird bei Kindesmißbrauch gemacht, da es sich hier statistisch um ein ganz überwiegend inländisches Delikt handelt, und das hört die CDU-Klientel dann ja doch auch nicht gern.

Vor allem eines macht der von Innensenator Heckelmann verantwortete Bericht deutlich: Die Verfasser fühlen sich als inländischer Teil einer weltweiten Front. Das geht soweit, daß in plumper Weise volksgruppentypische Verbrechensprofile konstruiert werden: „Dort (im Referat ‚Organisierte Kriminalität‘ (OK) der Direktion Spezialaufgaben der Verbrechensbekämpfung) sind vor allem Kommissariate angesiedelt, die

ein ‚Spendenziel‘ von 4 Millionen DM vorgesehen“, heißt es darin, aber im vergangenen Jahr wurde in Berlin ein (in Zahlen 1) Strafprozeß wegen Spendengelderpressung durch Kurden angestrengt, der mit Freispruch in diesem Anklagepunkt endete. Wegen des Verkaufs geschmuggelter Zigaretten werden die Vietnamesen generell als gefährliche Gruppierung den internationalen Eliten organisierter Kriminalität zugerechnet und einem systematischen polizeilichen Durchsuchungsterror ausgesetzt. Vom Gesichtspunkt der Schadensbegrenzung her wäre ein anderes Konzept der Verbrechensbekämpfung logisch, denn die Hälfte der zwei Milliarden durch Kriminalität verursachten Schäden sind durch Wirtschaftsstraftaten hervorgerufen worden. Der Bericht hebt hier besonders betrügerische Angebote zur Vermögensanlage an Ex-DDR-Bürger hervor. Hier wären das

freie Wirtschaftsleben einengende Reglementierungen und Aufklärung notwendig. Ein Problem ist die hohe Dunkelziffer bei Wirtschaftskriminalität:

Wirtschaftskriminelle?

Von der Waffenschieberei oder dem Verkauf von Chemikalien, die offensichtlich der Herstellung von Drogen dienen, bis zur Korruption im Bausektor und der Steuerhinterziehung gibt es bei dieser Art Vergehen Leute, die Vorteile davon haben, aber keine direkt Geschädigten in Deutschland, die die Sache zur Anzeige bringen. Die kriminelle Energie der staatstragenden Gesellschaftsschichten wird nicht erfaßt. Da paßt es, daß das schöne neue Geldwäschegesetz bislang nur zu 44 Hinweisen geführt hat, von denen einer ein Ergebnis hatte. Allerdings waren die be-

treffenden Konten bereits leer, als man zugreifen wollte.

Ähnliche Erfolglosigkeit zeigt sich gegenüber der rassistisch oder faschistisch motivierten Gewalt. In diesem Bereich ist eine Zunahme von 46,3 % registriert worden. Schwerwiegend ist die Steigerung der Körperverletzungen durch Rechtsextremisten um 128 %. Für den Innensenat stehen nach wie vor die „linksextremistischen/terroristischen Straftaten“ im Mittelpunkt.

„Die Sicherheit der Menschen in Berlin ist ein zu hohes Gut, als daß sie dem allgemein notwendigen Spardiktat unterworfen werden darf.“ (Kriminalitätsbericht) Dafür ist der Kitausbauplan z.B. gestreckt worden, es wird bei Reiseangeboten der Bezirksämter für Jugendliche und in den Schulen weggelassen. Statt die Angebote zum Lernen, zur Freizeitgestaltung zu verbessern, wird gekürzt und die Jugend als Objekt polizeilicher Pädagogik behandelt.

Der Bericht teilt dazu mit: „Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat für die Finanzierung derartiger Maßnahmen im Rahmen des Präventivprogramms ‚Jugend mit Zukunft – Sonderprogramm gegen Gewalt/Chancen gegen Gewalt‘ insgesamt 300 Millionen DM bewilligt. Hiervon werden u.a. verschiedene Einzelprojekte der Berliner Polizei gefördert, und zwar die Fortführung und der Ausbau der Informationsveranstaltungen zur Konfliktvermeidung und -bewältigung für Schulklassen. (...) Einrichtung einer zentralen Koordinierungs- und Kontaktstelle für die Zusammenarbeit mit den Jugendämtern, Jugendgerichtshilfestellen und anerkannten freien Trägern der Sozialarbeit bei der AG Gruppengewalt ...“

Die Mischung aus Überwachungsstaat, Polizeipräsenz auf den Straßen, Finanzmittelkonzentration bei den Behörden der inneren Sicherheit, Kommunikationstrainingsprogrammen zur Gewaltverhinderung, Propaganda gegen Ausländer, Tatenlosigkeit gegen Neonazis und Gleichgültigkeit gegenüber der Wirtschaftskriminalität der gehobenen Klassen verschärft die sozialen Spannungen in den vom Kollaps bedrohten Großstädten. — (chk)

„Ethnische“ Verbrechertypen

OK-Ermittlungen gegen ethnische Gruppen, z. B. gegen

- Angehörige der GUS-Staaten (insbesondere Erpressungen, Raubdelikte);
- (ehemals) jugoslawische Staatsangehörige (insbesondere Betrug, Urkundenfälschung, Wohnungseinbruch, Kfz-Diebstahl);
- südamerikanische und italienische Staatsangehörige (insbesondere Trick- und Taschendiebstahl, Scheck und Kreditkartenbetrug);
- rumänische Staatsangehörige (Eigentumsdelikte) führen.“

Man darf den Kriminalitätsbericht nicht für bare Münze nehmen: „... werden ... Spendengelderpressungen im Umfeld der verbotenen PKK auch 1994 nicht an Bedeutung abnehmen. Derzeit gibt es keinerlei Anhaltspunkte für ein Nachlassen der Spendengelderpressung durch die PKK ... Für Berlin ist dabei



Der Neubau der geplanten Raffinerie in Leuna kommt anscheinend mit geänderten Beteiligungsverhältnissen doch zustande. Das 4,3-Milliarden-Projekt sollte ursprünglich ab 1994 von dem französisch-deutschen Konsortium Elf Aquitaine und Thyssen Handelsunion AG (THU) gebaut werden. Die THU hat die Option, ihre Drittel-Beteiligung 1996/97 an den Partner Elf zu veräußern. Daran hatte das französische Unternehmen kein Interesse mehr.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Treuhandanstalt und dem Elf-Konzern einigten sich diese Ende März darauf, daß die noch in Treuhandbesitz befindliche Buna GmbH nach der Fertigstellung der Raffinerie 1997 den 33-Prozent-Anteil der THU an dem Konsortium übernehmen wird, falls die THU von ihrer Verkaufsoption Gebrauch macht.

Als Gegenleistung für diese Änderung des ursprünglichen Vertrages hat Elf zugesichert, der Buna GmbH zu diesem Zeitpunkt einen 33-Prozent-Anteil an den rund 600 von Elf gehaltenen Minol-Tankstellen zu übertragen. Dadurch verbessern sich nach Auffassung der Treuhand die Privatisierungschancen von Buna erheblich.

Leuna-Raffinerie und Buna-Cracker

Vor der Einigung mit der Treuhand hatte es Elf bereits geschafft, ihren Anteil am Konsortium von gegenwärtig 66 Prozent auf weniger als 50 Prozent zu senken. 24 Prozent übernimmt der russische Konzern Rosneft, der seinen Anteil durch Erdöllieferungen finanzieren muß.

Durch den nun für 1997 vereinbarten Einstieg der Buna GmbH bleibt die Beteiligung von Elf bei 42 Prozent. Unklar ist allerdings offenbar noch die Kapazität der neuen Raffinerie, die die alten Standorte in Leuna und Zeitz ablösen soll. Ursprünglich waren 10 Millionen Tonnen pro Jahr vorgesehen. Elf hatte zwischenzeitlich eine Kürzung dieser Pläne angedeutet. Als Untergrenze für die Wirtschaftlichkeit gelte allerdings nach Aussagen des Treuhandsprechers Schöde eine Jahreskapazität von 8 bis 8,5 Millionen Tonnen, so daß Elf nur ein schmaler Korridor bleibe.

Der Neubau der Raffinerie war in den letzten Monaten seitens der westdeutschen Mineralölkonzerne als Schaffung von Überkapazitäten attackiert wor-

den. Dagegen setzte sich das für den Chemiebereich zuständige Treuhand-Vorstandsmitglied Schucht zur Wehr. Während in Ostdeutschland bereits erhebliche Kapazitäten seit der Wende abgebaut worden seien, bauten die westdeutschen Konzerne in Ingolstadt und Schwedt mit Blick auf den Markt der neuen Bundesländer die Kapazitäten weiter aus. Das Raffinerie-Projekt in Leuna solle insbesondere den Raum Sachsen-Anhalt und Sachsen versorgen. Zudem sei die Raffinerie das Herzstück der chemischen Industrie in Ostdeutschland.

Die Treuhand hatte in den Tagen vor dem Kompromiß mit Elf fieberhaft daran gearbeitet, daß aus der geplanten Beteiligung der Buna GmbH kein „reines“ Staatsengagement wird. Die THU und die Gazprom AG, Moskau, erklärten sich bereit, an dem „Olefinkomplex“, bestehend aus Teilen der Leuna-Werke GmbH, der Sächsischen Olefinwerke GmbH (SOW, Böhlen) sowie der Buna GmbH, eine „qualifizierte Minderheitsbeteiligung“ einzugehen. Offizielle An-

gaben über die Höhe der geplanten Beteiligung an der sog. „Buna-Polymer GmbH“ wurden nicht gemacht, im Gespräch sollen 26 Prozent sein. Bis Ende Mai 1994 soll die Absichtserklärung in einen Vertrag umgewandelt werden. Danach sollen, so die Treuhand-Absicht, weitere Teile dieser „Buna-Polymer GmbH“ privatisiert werden.

Der geplante neue Cracker in Buna, der die Ethylen-Versorgung sicherstellen soll, soll offensichtlich auf Erdgas-Basis arbeiten. Darauf deutet das Engagement der russischen Gazprom AG hin, die ihre Beteiligung sicher durch Erdgaslieferungen finanzieren will. Das Projekt der Gazprom, eine Pipeline durch Polen zu bauen, wurde angeblich inzwischen revidiert. Jetzt soll der Transport mit Tankschiffen nach Rostock vorgesehen sein. Von dort müßte eine Pipeline zur Buna-Neu gebaut werden.

Aktuell werden Leuna und Buna mit Ethylen versorgt, das aus Naphta, also Erdöl, hergestellt wird. Ethylen ist ein Grundstoff für die Kunststoffherstel-

BERLIN

CDU hetzt gegen Kurden

Im Abgeordnetenhaus lehnten CDU und SPD jede Befassung mit der Verhaftung kurdischer Abgeordneter in der Türkei ab.

Unter dem Eindruck immer neuer Meldungen über Opfer von Folter und Mord in der kurdischen Zivilbevölkerung durch das türkische Militär hatte die Berliner PDS-Fraktion ein Zeichen setzen wollen. Ein Antrag im Abgeordnetenhaus am 24. März sollte der Unterstützung der willkürlich von türkischen Sicherheitskräften gefangengehaltenen kurdischen Parlamentarier dienen, denen die Todesstrafe droht. Die Senatsparteien CDU und SPD sorgten allerdings für die Ablehnung des Antrages ohne Aussprache.

Ungeachtet des Einsatzes vieler Menschenrechtsorganisationen und des Europäischen Parlaments für die kurdischen DEP-Abgeordneten, ungeachtet auch der Stellungnahme von Kinkel, der im Bundestag seiner Erwartung Ausdruck gab, daß die türkische Regie-

rung die Rechte der kurdischen Abgeordneten wiederherstellen möge, verfolgen die Senatsparteien offenbar ungetrieben ihre Unterstützung kurdenfeindlicher Maßnahmen, auch wenn sie offen terroristisch und brutal sind.

In der *Berliner Rundschau*, Zeitung der CDU, wird der parlamentarische CDU-Geschäftsführer Hapel zitiert: „Konsequente Aburteilung der überführten Gewalttäter, wobei rechtspolitisch die Verhängung abschreckender Urteile überlegt werden sollte.“

Gegen die Absicht, Kurden in der Türkei Folter und Todesstrafe zuzuführen, weil sie in der BRD an Demonstrationen und Autobahnblockaden teilgenommen haben, demonstrierten am 15. März in Berlin-Steglitz 400 junge Antifaschistinnen und Antifaschisten. Der Versuch einer kurzzeitigen Blockade der Autobahnauffahrt scheiterte an einem riesenhaften, mit Wasserwerfern und gepanzerten Fahrzeugen gerüsteten Polizeiaufgebot. — (brr)

BRANDENBURG

CDU verhindert Neuwahlen

Auf der Sondersitzung des Landtages stimmte die CDU gegen Neuwahlen.

Obwohl sich im Vorfeld der Sondersitzung des Brandenburger Landtages am 13. April bereits abzeichnete, daß die erforderliche 2/3-Mehrheit nicht zustandekommen würde, war das Ergebnis überraschend: Nur 49 statt der notwendigen 59 Abgeordneten stimmten für die vorzeitige Auflösung. Zu diesem Ergebnis hat vor allem die CDU beigetragen, die mit 19 von 21 möglichen Stimmen gegen den Antrag votierte. Dieses Verhalten hat ihr nicht nur seitens der Bundespartei harsche Schelte eingebracht. Kein Zeitungskommentar, der sie nicht dafür kritisiert hätte. Damit dürfte auch sicher sein, daß die CDU bei den Landtagswahlen am 11. September nur noch drittstärkste Partei hinter SPD und PDS werden wird.

Aber auch die SPD scheut den Urnengang. In der Landeshauptstadt Potsdam scheiterte die Bildung der „Stadt-

regierung“. Oberbürgermeister Gramlich (SPD) präsentierte 5 Beigeordnete (Stadträte), die alle weder die absolute noch im 2. Wahlgang die relative Mehrheit erreichten. Von 49 möglichen erhielten die Kandidaten nur zwischen 19 und 14 Stimmen, d.h. selbst SPD-Abgeordnete folgten nicht dem Vorschlag. CDU und Bürgerbündnis fordern den Rücktritt Gramlichs. Auch in der FDP wäre man nicht dagegen. „Angesichts der vernichtenden Niederlage mußte Gramlich ... persönliche Konsequenzen ziehen. Er kann es nicht, weil Potsdam dann nur wenige Monate nach der Stichwahl an die PDS fallen würde. Und der Rettungsanker einer mehr oder weniger offiziellen SPD/PDS-Koalition mit klaren Mehrheiten hätte für die Sozialdemokraten im Superwahljahr eine nicht gewollte Signalwirkung“, kommentiert der *Tagesspiegel*.

Die PDS rechnet bei den Landtagswahlen mit einem Zugewinn wie bei den Kommunalwahlen. — (har)

Anbindung russischer Unternehmen soll Erdöl- und Erdgaslieferungen sichern

lung. Mit der geplanten Sicherstellung der Versorgung des Crackers mit billigem Erdgas aus der ehemaligen Sowjetunion würde sich die Ethylen-Herstellung wesentlich verbilligen (angeblich sei das Ethylen ein Drittel billiger als das aus jetzt vorhandenen Crackern) und somit der gesamte Olefin-Komplex konkurrenzfähiger arbeiten können.

Russisches Erdöl für Leuna, russisches Erdgas für Buna

Neben den umstrittenen Geschäften der zum BASF-Konzern gehörenden Wintershall AG mit russischen Erdgaslieferungen hätten sich BRD-Konzerne im Zusammenspiel mit dem französischen Elf-Konzern weitere Rohstoffquellen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion erschlossen. Denn was als Beteiligung russischer Unternehmen an Treuhandgesellschaften erscheint, beinhaltet tatsächlich die Anbindung von Rohstofflieferanten und die Ausplünderung russischer Ressourcen.

Keineswegs beinhalten die angekün-

digten Beteiligungen und Privatisierungen Sicherheiten für die Rest-Belegschaften der ehemaligen DDR-Großchemie, wo 80000 der insgesamt 200000 Menschen in der ostdeutschen Chemieindustrie arbeiten haben. Waren bei der Buna GmbH 1989 noch 20000 Menschen tätig, so wurde die Belegschaft über 15000 im Januar 1991, 8000 im Januar 1992 auf etwa 6000 Personen Ende 1993 abgewickelt.

Im Herbst 1993 wurden Pläne der Treuhand ruchbar, daß bei Investitionen von insgesamt 3,3 Milliarden DM die Belegschaft der Buna bis 1998 auf nur noch 2500 Menschen reduziert werden soll. Ursprünglich war von mindestens 4800 gesprochen worden.

Gegen weiteren Stellenabbau in solcher Größenordnung haben Belegschaft und Betriebsrat im Herbst demonstriert. Auch durch Leuna-Raffinerie und Buna-Cracker ändert sich an dieser Frontstellung nichts.

Quellen: *Tagesspiegel* vom 9.3. und 26.3.94; *Handelsblatt* vom 24.3. und 28.3.94 — (mio)



Berliner Hauptstadtwahl aus England gebremst

Berlin. Nach der Entscheidung des Hamburger Senats, das Fußball-Länderspiel der DFB-Elf an Hitlers Geburtstag gegen England nicht auszurichten, war der Berliner Senat die einzige Stadtregierung, die sich um die Austragung des Spieles riß. Nach der erlittenen Olympiaschlappe wurde nun dieses Großereignis Gegenstand der Profilsucht des Berliner CDU/SPD-Senats. Großmäulig verkündete er gegenüber Zweiflern, er werde mit der Berliner Polizei alles in Schach halten, wobei „randalierende Autonome“ neben Neonazis aufgezählt wurden. Der Dieppen-Senat plante mit dem Fußballspiel eine große Feier zur Verabschiedung der Siegermächte des 2. Weltkrieges. Endlich sollte ein Schlußstrich unter die Auseinandersetzung mit der Zeit des Faschismus gezogen werden. Beifall von der Rechten schien sicher, ein Feiertag für die Faschisten. Die Feier ist geplatzt. Aus England kam die erlösende Nachricht von der Absage des Spiels. Ein Ersatz ist auch nicht in Sicht. Der Tabellen-

stand von Hertha BSC und Tennis Borussia in der 2. Bundesliga läßt großmächtige Planungen einfach nicht zu. Pech für den Senat. — (brr)

Nein zum Prinzip Rückgabe vor Entschädigung

Potsdam. 42 Brandenburger Bürgermeister haben einen vom Mieterbund initiierten Offenen Brief unterzeichnet, in dem vor der drohenden Vertreibung hunderttausender ostdeutscher Mieter, Nutzer und Pächter gewarnt wird. Die auf Grundlage des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung gestellten Rückübertragungsansprüche vertreiben beispielsweise in Kleinmachnow 60%, in Falkensee 70%, in Neufahrland 93% der Einwohner. Insgesamt lasten in Brandenburg auf 550000 Häusern bzw. Grundstücken Rückübertragungsansprüche, außerdem fehlen 150000 Wohnungen. Die Bürgermeister fordern die Verlängerung des erweiterten Kündigungsschutzes bis 1999, die Streichung der Stichtagsregelung, sie wenden sich gegen einen Einstieg ins Vergleichsmietensystem sowie das Sach- und Schuldrechtsänderungsgesetz. — (har)



Mit einer Demonstration erinnerten am Donnerstag, den 7. April, ca. 300 entlassene Blischofferoder Kalkumpel die Landesregierung Thüringen an die gemachten Zusagen vom Dezember vergangenen Jahres. Sie forderten die versprochenen Übergangshilfen und Ersatzarbeitsplätze ein. In Thüringen finden am 12.6. Landtagswahlen statt. — (har)

Gleisblockaden gegen den Rekruteneinzug

Zur elften Gleisblockade anlässlich eines Rekruteneinzugstermins der Bundeswehr lud die Berliner Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär am 5.4.1994 um 10.00 Uhr am Alexanderplatz in Berlin ein. Diese Blockade lief diesmal unter einem besonderen Motto, denn 80% der in Berlin Eingezogenen in diesem Quartal wurden 1969 geboren, sind somit 24 Jahre alt und mitten im Berufsleben bzw. in der Ausbildung. Hervorzuheben ist, daß es sich hierbei nicht etwa um Berlinflüchtlinge handelt, die sich noch vor Mauerfall nach Berlin verdrückten, um so dem Wehrdienst zu entgehen, sondern, und das war der Stein des Anstoßes, um in Berlin geborene Männer, denen noch vor zwei Jahren wiederholt in der Presse von den Kreiswehersatzamtleitern, der Bundesrätin Pfarr (SPD) und dem Oberbürgermeister Diepgen (CDU) versprochen wurde, daß sie als lebensältere Jahrgänge nicht mehr zum Kriegsdienst müßten.

All diejenigen, die auf diesen Schwindel hereingefallen sind und im guten Glauben an diese Versprechen zur Musterung gingen, wurden jetzt mit einer Einberufung bestraft. Verheiratete ebenso wie Selbständige. Es scheint, als sollten die Berliner nachträglich für den Dreimächtestatus büßen, der sie vorher vor dem Militär schützte. Von den alten Beteuerungen wollte plötzlich keiner der Verantwortlichen mehr etwas wissen.

Auch eine von der Kampagne ins Leben gerufene Massenpetition brachte bisher keine Bewegung in Bonn und Berlin. Zu groß wäre wohl die politische Schlappe, ist man doch jetzt sogar stolz darauf, noch so viele alte Jahrgänge einberufen zu können. Der Grundsatz Jung vor Alt scheint nicht nur vergessen, son-

dern sogar umgedreht worden zu sein, denn alle jetzt nicht eingezogenen werden auch älter, fangen Ausbildungen an, aus denen sie wieder herausgerissen werden, und müssen ihre Zukunftspläne unterbrechen. Über 500 Millionen DM mehr an Unterhaltskosten entstehen alleine der Kommune Berlin durch die Einberufung der Nacherfaßten anstelle der regulären 18- und 19-jährigen. Dazu kommen noch weitere Kosten der Arbeitgeber für kurzfristige Anlernung von Ersatzarbeitskräften etc.

Grund genug für die Kampagne gegen Wehrpflicht, diese Aktion gezielt auf das Thema hin auszurichten. Mit großer Werbung in Zeitungen und Rundfunk wurde in Berlin für die Blockade mobi-

liert, etwa 100 Sympathisanten und viele Medienvertreter trafen sich am Alexanderplatz, wo die Polizei bereits mit 10 Einsatzwagen stand. Auch hatte der Bundesgrenzschutz die großen Fernbahnhöfe Berlins schon abgeriegelt, so daß hier keine Aktionen mehr stattfinden konnten.

Elfte Gleisblockade der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste + Militär, 5. April, Berlin

Aber ein Bahnhof war schon vorher dafür auserkoren worden: Bernau, nordöstlich von Berlin. Als der D-Zug pünktlich um 12.21 Uhr auf dem Weg nach Stralsund dort einlief, blockierten bereits mehrere Aktionisten der Kampagne die Gleise, während andere sich daran machten, die Rekruten im Zug zu beraten. Die Kriegsdienstverweigerungs-Beratung war deswegen so wichtig, weil viele der frisch Einberufenen,

besonders aus den neuen Bundesländern, gar keine Ahnung von ihren Verweigerungsmöglichkeiten hatten bzw. ganz falsche Vorstellungen herrschten, wie z.B. daß Verweigern zu einer Eintragung in das Führungszeugnis führt. Für viele kam die Einberufung auch sehr überraschend, wurde doch immer wieder gesagt, daß gerade die Nacherfaßten davor geschützt seien, und jetzt werden sie sogar aus den Ausbildungen und Familien herausgerissen. Des weiteren sollten auch die anderen Fahrgäste über die derzeitige Praxis der Wehrverwaltungen und Politiker aufgeklärt und um Solidarität mit den Betroffenen geworben werden, was jedoch größtenteils nicht gelang.

Durch die Blockade soll den Rekruten

nochmals Zeit gegeben werden, über den Zivildienst und evtl. sogar über Totalverweigerung nachzudenken, wobei immer wieder auffällt, daß es für viele die ersten Gedanken überhaupt mit diesen Themen sind. Bei früheren Zugblockaden verweigerten durchschnittlich 5 Rekruten spontan den Wehrdienst, und ca. 60 tauchten nach kurzer Zeit in unserer Beratung auf.

Nach einer halben Stunde war die Beratung beendet, und die Besetzer räumten das Gleis. Kurz darauf stürmte dann auch der BGS mit einer Hundertschaft in voller Einsatzmontur den Bahnhof, ohne allerdings noch etwas ausrichten zu können, denn die Kampagneros befanden sich schon wieder auf der Heimfahrt nach Berlin. So beließ der BGS es

dann bei einer Kontrolle der Presse und Fahrausweise und einer Durchsicht des Zugs, was dessen Abfahrt um eine weitere halbe Stunde verzögerte.

Auch die Potsdamer Kampagne machte eine Zugbesetzung. Da der Potsdamer Bahnhof allerdings aufgrund früherer Erfolge der Kampagne von BGS vorsorglich dicht gemacht wurde, mußte sie nach Drewitz ausweichen, wo sie einen anderen Zug 10 Min. lang blockierte. Hier wurde die Blockade vom Eintreffen der Polizei freiwillig wieder aufgehoben.

In München, Frankfurt und Leipzig wurden ebenfalls Beratungen in Rekrutenzügen von Gruppierungen mit Zielen, die denen der Kampagne nahe stehen, durchgeführt, wenn auch „noch“ ohne Blockade. Die Kampagne hofft jedoch, besonders da jetzt die Aktion bekannt geworden ist, daß es in Zukunft in immer mehr Städten zu Zugblockaden und anderen Protestaktionen kommt, damit der Öffentlichkeit klar wird, daß es zum Thema Bundeswehr mehr gibt als nur die Möglichkeit, hinzugehen und ein Jahr Zwangsdienst über sich ergehen zu lassen, und daß die Militärs klar wird, daß sie fortan mit immer härterer Gegenwehr der Betroffenen zu rechnen haben.

Parallel dazu protestierten „Junge Liberale“ der FDP gegen die Wehrpflicht und verteilten Flugblätter vor einer Kaserne in Kladow. Auch hob sie noch einmal hervor, daß die Einberufung der nacherfaßten Berliner Jahrgänge 69 und 70 gegen den Vertrauensschutz verstößt. — (Bernd)

Anschrift der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär:
Oranienstr. 25 10999 Berlin
Tel. 030 / 615 00 530
Fax: 030 / 615 00 599

Sachsen: PDS-Abgeordnete zum Schutz von Rep-Parteitag verhaftet

Protesterklärung der PDS/LL im Landtag

Die Fraktion Linke / Liste im Sächsischen Landtag hatte bereits am 17.3. zur 92. Sitzung des Sächsischen Landtages mit einem entsprechenden Antrag zum Ausdruck gebracht, daß sie sich für die Verhinderung gewaltsamer Zusammenstöße im Umfeld des für den 20.3.1994 in Chemnitz geplanten und dann kurzfristig nach Thum, Kreis Zschopau, verlegten Landesparteitages der sächsischen Republikaner einsetzt. Obgleich der Staatsminister des Inneren den Landtag entgegen der Antragslage nicht informierte, daß ein generelles Demonstrationsverbot verhängt werden soll, akzeptiert die Fraktion grundsätzlich diese Maßnahme.

Da für Sonntag, den 20.3.1994, 10.00 Uhr durch die Initiative „Keine Nazis in Chemnitz“ eine Protestkundgebung vor dem Rathaus von Chemnitz angemeldet war, die erst in letzter Minute unter Hinweis auf das Generalverbot untersagt wurde, begab sich Angela Schneider am gestrigen Morgen in Vorabsprache mit verschiedenen antifaschistischen Initiativen in das Stadtzentrum. Beabsichtigt war, dort eintreffende auch überörtliche Kundgebungsteilnehmer zu veranlassen, den untersag-

ten Versammlungsort zu verlassen und sich stattdessen zu einem entsprechenden Meeting in den geschlossenen Räumen des Kultur- und Informationszentrums in der Stollberger Straße zu treffen. Die zu dieser Zeit in ca. Hundertschaftsstärke bereits anwesenden Polizeikräfte wurden exakt von dieser Absicht informiert und stimmten ausdrücklich zu, daß die zu dieser Zeit anwesenden ca. 30-40 Personen den Platz vor der Stadthalle verlassen, um sich im KIZ, Stollberger Straße, zu treffen. Sie stimmten weiter zu, daß 3-4 der Anwesenden vor der Stadthalle verbleiben, um noch Ankommande ebenfalls zur geschlossenen Beratungsstätte zu schicken.

Nur wenige Minuten später veranlaßte der gleiche Einsatzleiter, mit dem vorher diese „Sicherheitspartnerschaft“ vereinbart wurde, daß diese 4 Personen festgenommen werden, darunter auch MdL Angela Schneider. Zur gleichen Zeit erfolgte an anderer Stelle die Festnahme weiterer, auf dem Weg zum KIZ befindlicher Personengruppen.

Obgleich Angela Schneider sich sofort mit ihrem Abgeordnetenstatus als Mitglied des Sächsischen Landtages aufmerksam machte, wurde sie in ein Fahrzeug der sächsischen Polizei dem Polizeirevier Süd in Chemnitz zugeführt. Dort wurde Angela Schneider

einer Leibesvisitation und erkennungsdienstlicher Maßnahmen unterzogen, ca. 1 Stunde verhört und erst gegen 12.30 Uhr mit dem Hinweis auf ihre Immunität wieder auf freien Fuß gesetzt. Die anderen mit ihr und an anderer Stelle in Gewahrsam genommenen Personen verblieben in diesem, obgleich nach Auffassung der Fraktion die Voraussetzungen für polizeiliche Maßnahmen nach § 3 ff. Polizeigesetz des Freistaates Sachsen nicht gegeben waren, da das Vorgehen der Polizei bereits zu diesem Zeitpunkt angesichts der Akzeptanz des Demonstrationsverbotes unter freiem Himmel durch die Betroffenen unverhältnismäßig war.

Das Vorgehen gegen MdL Angela Schneider verletzt flagrant die Immunitätsbestimmungen des Artikel 55 der Verfassung des Freistaates Sachsen. Danach dürfen Abgeordnete nur mit Einwilligung des Landtages wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen, festgenommen, festgehalten oder verhaftet werden. Darüber hinaus ist „die Einwilligung des Landtages ... auch bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit von Abgeordneten erforderlich“. Unter eine solche „Beschränkung der persönlichen Freiheit“ fallen eindeutig nach geltender Rechtsprechung auch Maßnahmen des Polizeigewahrsams wie alle weiteren gegen An-

Die Fraktion Linke / Liste im Sächsischen Landtag protestierte am 21.3. mit der folgenden Presseerklärung gegen die polizeilichen Übergriffe im Umfeld des Landesparteitages der sächsischen Republikaner am 20.3. im Raum Chemnitz, insbesondere gegen die Verletzung der Immunität ihres Fraktionsmitgliedes, MdL Angela Schneider, stellv. Fraktionsvorsitzende.

gela Schneider zur Anwendung gekommenen Zwangsmaßnahmen.

MdL Schneider wird gegen diese gravierende Verletzung ihrer Immunitäts- und Abgeordnetenrechte den Rechtsweg beschreiten. Die Fraktion wird damit den Sächsischen Landtag befas-

sen. Wir fragen: Ist diese Art von „Prävention“ bereits der Vorgriff auf den Geist der im Landtagsgeschäftsgang befindlichen Novelle zum Polizeigesetz des Freistaates Sachsen?

Wir fragen: Wen schützt eigentlich dieser freie Rechtsstaat Sachsen?

Wir fragen: Wie kommentieren die sächsischen Steuerzahler den Grobmissatz von Polizei und BGS zur Absicherung des störungsfreien Verlaufs des Landesparteitages der sächsischen Republikaner?

Nachtrag: Die sächsische Staatsregierung sieht keine Veranlassung, disziplinarisch gegen Polizeibeamte vorzugehen. Das Geschehene ist lediglich Anlaß, die Polizei in Sachsen über die Bedeutung der Abgeordnetenimmunität zu belehren. — (sta)

LINKE SOMMERSCHULE

KURSANGEBOT 1994

Vom 21. bis 24. Juli findet in Schnepfenthal (Thüringen) wieder die Linke Sommerschule statt.

Zum fünften Mal lädt die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung bei der PDS Thüringen zur Linken Sommer- (bzw. Winter)schule ein.

AG Philosophie

Für die diesjährige Sommerschule, Kurs Philosophie, zeichnet sich als Themenwunsch die Auseinandersetzung mit der Postmoderne ab. Zur Vorbereitung ist wie bei den bisherigen Kursen auch geplant, eine Sammlung von fotokopierten Texten zu erstellen. Wenn es möglich ist, sollen zu vorgeschlagenen Texten ein paar hinweisende Zeilen beigegeben werden. Das Textpaket, vermehrt um solche Hinweise oder Lektüreberichte, wird an die Teilnehmer der Sommerschule im voraus verschickt bzw. kann gegen einen Unkostenbeitrag bestellt werden.

Textvorschläge bis zum 1. Juni 1994 an: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. (040)381393, Fax 3898331. Die Texte können ab dann nachgefragt, das Textpaket bis zum 15. Juni an Interessierte und nachfolgend bei Anmeldung verschickt werden.

— (Martin Fochler)

AG Geschichte

Die Arbeitsgruppe Geschichte will sich dieses Mal – auch, aber nicht nur wegen des 50. Jahrestages des Stauffenberg-Attentats auf Hitler in diesem Jahr und der damit sicher wieder von Regierungsseite vorgetragenen Versuche einer einseitigen und verzerrten Geschichtsdarstellung – mit verschiedenen Richtungen im antifaschistischen Widerstand befassen. Geplant ist die Befassung mit:

- dem kommunistischen Widerstand. Hierzu wird ein Mitglied der „Roten Kapelle“ über deren Widerstandskampf berichten;
- dem christlichen Widerstand der „Weißen Rose“;
- dem Widerstand, wie er von der KPO gegen den Faschismus geleistet

wurde (hierbei werden wir uns vermutlich auf Berichte über den Thüringer Widerstand der KPO beschränken müssen);

- und schließlich dem Widerstand verschiedener bürgerlicher Richtungen, von Beck, Stauffenberg bis zum „Kreisauer Kreis“. — (Jörg Detjen)

AG Wirtschaft

Für die Sommerschule 1994 wurden im Winterkurs der Arbeitsgruppe Wirtschaft folgende Punkte erwogen:

- Wurzeln der liberalen Wirtschaftstheorie
- Währungstheorie EWS
- Auswertung der PDS-Wahlergebnisse hinsichtlich der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik
- als gewerkschaftliches Thema die „Vier-Tage-Woche“ bzw. die Tarifpolitik am Scheideweg
- Marx'sche Grundrententheorie, Fragen der Landwirtschaft, LPGs
- (Vorschlag von Hans Luft)
- (Peter Feininger)

Ort, Termin
Die Kurse beginnen am **Do, 21. Juli, 14.00 Uhr**. Sie enden, je nach Vereinbarung in den Kursen, im Laufe des **So, 24. Juli**, so daß die Rückreise ab Sonntag oder spätestens am Montag möglich ist. Die Schule findet statt im **Hotel Hermannstein, 99880 Schnepfenthal (Waltershausen, Thüringen)**, Tel. (03622)2917.

Die Unterbringung erfolgt in Zweio- oder Dreibettzimmern. Kosten: 30,— DM pro Tag bei Übernachtung mit Frühstück, 49,— DM bei Übernachtung mit Vollpension (Stand: Januar, leichte Preiserhöhung möglich).

Anmeldungen sind erwünscht bis spätestens 15. Juli bei:

- * GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. (040)381393 (für Interessierte aus dem Westen)
- * Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. (0365)7101988
- * Wahlkreisbüro Gera MdL Michael Gerstenberger, Amthorstr. 11, 07545 Gera, Tel. 0365/813130.

Die Unterbringung erfolgt in Zweio- oder Dreibettzimmern. Kosten: 30,— DM pro Tag bei Übernachtung mit Frühstück, 49,— DM bei Übernachtung mit Vollpension (Stand: Januar, leichte Preiserhöhung möglich).

Anmeldungen sind erwünscht bis spätestens 15. Juli bei:

- * GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. (040)381393 (für Interessierte aus dem Westen)
- * Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. (0365)7101988
- * Wahlkreisbüro Gera MdL Michael Gerstenberger, Amthorstr. 11, 07545 Gera, Tel. 0365/813130.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln) (zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg) Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czernikstr. 5, 10829 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln,

Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichtsmittel, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.
Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 10419-507.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,— DM), ein Jahresabonnement kostet 65,— DM (Förderabo 78,— DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,— DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Czernikstr. 5, 10829 Berlin, Tel. 030/7815222, Fax: 030/7848925.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/62093.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Alltagsbewußtsein und Politik

Ein Beitrag aus der Diskussion der PDS

Das vorliegende Diskussionspapier mit dem Untertitel „Überlegungen zum Wirken alltäglicher mentaler Grundstrukturen im Leben zahlreicher ostdeutscher Menschen und zu damit im Zusammenhang stehenden linken Politikansätzen“ entstand im Ergebnis einer Beratung der Grundsatzkommission im Januar 1994. Es wurde von Michael Chrapa erarbeitet. An der Endfassung wirkten Harald Neubert und Bernd Ihme mit. Aus Platzgründen mußten leider zwei Abschnitte („II. Theoretische Ansätze“ und „IV. Alltagsbewußtsein und Handlungsbereitschaft“ ganz entfallen, an anderer Stelle mußten wir zusätzlich kürzen. Die vollständige Fassung ist bei der PDS-Grundsatzkommission erhältlich, c/o PDS-Parteivorstand, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin. Das vollständige Dokument ist außerdem veröffentlicht im „Rundbrief“ der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung bei der PDS Thüringen, der nächste Woche erscheint. (siehe S. 15)

I. Problemstellung: Das unterschätzte Alltagsbewußtsein

Anliegen dieses Beitrages ist es, die Diskussion zu einem in der PDS vernachlässigten Politikbereich zu befördern. Es geht um die komplizierte Vermittlung zwischen dem Alltagsbewußtsein der Menschen und der praktischen Politik. Anknüpfend an Denk- und Wahrnehmungsstrukturen, die besonders bei Menschen in Ostdeutschland weit verbreitet sind, werden einige Aspekte dieser Problematik behandelt.

Die im folgenden verwendete Bezeichnung „Normalbevölkerung“ umreißt die Menge der um den gesellschaftlichen Durchschnitt (nach Einkommen und sozioökonomischem Status) geschichteten Menschen; eine Aggregation, die rein quantitativ mit 70 bis 80 Prozent der Gesamtpopulation angesetzt werden kann.

Die hier vorgestellten Überlegungen stehen in engem Bezug zu den programmatischen Ansätzen der PDS. So heißt es im Programm der PDS: „Die konkreten Ziele der sozialistischen Bewegung ergeben sich aus den realen Widersprüchen und Konflikten und aus den herangereiften Entwicklungspotentialen, nicht aber aus einem abstrakten Geschichtsplan. Angesichts der drängenden Nöte kämpfen wir um alternative Entwicklungswege. Sie werden das Resultat politischer Auseinandersetzungen sein, die bereits heute geführt werden ... (Die PDS läßt sich) davon leiten, daß Veränderungen in der Gesellschaft nur bewirkt werden können, wenn Betroffene ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und sich selbstbewußt in die notwendigen Auseinandersetzungen einbringen.“ (Programm der PDS, 1993) Damit werden für die Politik der PDS wichtige Fragen aufgeworfen: Wie entstehen beim „Normalbürger“ im Alltag solche Denkweisen und

Motivationen, die ihn veranlassen, „sich selbstbewußt in die notwendigen Auseinandersetzungen einzubringen“? Welche Inhalte im Alltagsbewußtsein sind für aktives politisches Handeln des einzelnen, für sein demokratisches Engagement und für seinen Widerstand gegen Ungerechtigkeit und Willkür von Bedeutung? Wie gestalten sich die Wechselbeziehungen zwischen Alltagsbewußtsein und Politik in der Gegenwart?

Vier Überlegungen sollen die Notwendigkeit einer intensiven Beschäftigung mit der Thematik „Alltagsbewußtsein und Politik“ in unserer Partei verdeutlichen:

Erstens scheint sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß wirklich bedeutsame Schritte zu einer demokratischen Veränderung und partiellen Überwindung gegenwärtig herrschender Strukturen nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie von großen Teilen der Bevölkerung („dem Volk“) aus eigenem Willen heraus getragen werden. Oder anders ausgedrückt: Solange es kein massives „Bürgerinteresse“ an einer Transformation des heutigen Systems gibt, so lange wird dieses System in seiner ihm eigenen Widersprüchlichkeit und Flexibilität (gleichsam ungefährdet) weiter existieren. Ein solches „Bürgerinteresse“ kann jedoch weder verordnet, künstlich erzwungen noch erkaufte werden. Auch radikale Forderungen und Appelle in Programmen und Aufrufen verhallen resonanzlos, wenn sie nicht in die Alltagswelt „der normalen Menschen“ eingreifen. Denkweisen und Bestrebungen des „Durchschnittsbürgers“ entstehen und reproduzieren sich also in entscheidendem Maße in seinem alltäglichen Dasein, in der „im Alltagsleben verlaufenden Produktion des gesellschaftlichen Menschen“. (Lefebvre, 1972) Als Illustration dieses Gedankens mag die folgende Überlegung dienen: Die den Herbst 1989 einleitenden Bewegungen und Aktionen trugen — nicht unbedingt personell, aber mental — Massencharakter. Mindestens 80 bis 90 Prozent der Menschen in der DDR lebten in einem frustrierenden Spannungsverhältnis, das durch Kumulation im Alltag über Jahre und Jahrzehnte entstanden war und das zu dem übereinstimmend getragenen Votum führte: „So kann es nicht weitergehen!“

Zweitens fällt auf, daß in der Mehrzahl der momentan diskutierten linken Politikansätze vom Alltäglichen-Gewöhnlichen abstrahiert wird. Die Vielschichtigkeit der Interessenlagen und Denkweisen des „Durchschnittsbürgers“ (z.B. sein „Zufriedenheitspotential“) findet kaum Berücksichtigung. „Einfache Menschen“ werden zumeist entweder nur als Träger politischer Ideen bzw. Bewegungen (im potentiellen Zusammenschluß) oder als „Opfer/Leidende/Betroffene“ reflektiert. Eine Aussage wie die folgende: „Freie Entfaltung von Individualität, Selbstbestimmung des Menschen und solidarische Lebensverhältnisse sind notwendig für ein menschenwürdiges Dasein.“

Von den Modernisierungsprozessen in der kapitalistischen Gesellschaft profitieren aber nur wenige, während sie für viele mit sozialer Ausgrenzung, Entwurzelung und Vereinsamung einhergehen" (*Programm der PDS, 1993*) ist zweifellos insgesamt richtig, bleibt aber nicht nur wegen der verschwommenen quantitativen Darstellung („wenige“ — „viele“) noch zu sehr an der Oberfläche.

Drittens ist ein oft unbewußt wirkender, selten offen eingestandener, aber unter Linken weit verbreiteter Stereotyp beim Betrachten des Verhaltens von „Normalbürgern“ anzutreffen, der etwa lautet: „Die Menschen ‚an sich‘ sind gut und veränderungsbereit, sie werden aber gewaltig manipuliert!“ Mag sein, daß damit viele alltägliche Erscheinungen plausibel erklärt werden können. Aber gefährlich und selbstgerecht wäre es, eine solche Schablone ungeprüft zu verwenden. Zum einen kommt darin eine gewisse Überheblichkeit zum Ausdruck („Mich/Uns kann man ja nicht manipulieren oder ‚einkaufen‘!“). Zum anderen sind Ansatzpunkte für eine „missionarische Belehrung des Volkes“ nicht zu übersehen.

Auch offenbart sich in solchen Äußerungen ein gehöriges Maß an Unkenntnis über tatsächliche „alltägliche“ Lebensvorgänge und Interessen der Menschen und, damit verbunden, eine Unterschätzung des „Alltagsbewußtseins“.

Viertens schließlich kann festgestellt werden, daß eine konsequente Hinwendung zum „politischen Faktor ‚Alltag‘“ von hochrangiger Bedeutung für die Entwicklung und das künftige (Über-)Leben der PDS ist. Erste Erfolge und sich abzeichnende Chancen der PDS bei Wahlen dürfen auf keinen Fall darüber hinwegtäuschen, daß diese Partei weiterhin in vielerlei Hinsicht isoliert und auch mit negativen Entwicklungstendenzen (so z.B. dem Ausbleiben einer inneren „Verjüngung“) konfrontiert sein wird. Von zahlreichen Mitgliedern der PDS werden sehr unterschiedliche und zum Teil direkt entgegengesetzte Positionen zum Problem „Alltag — Alltagsbewußtsein“ vertreten. Das Spektrum der Meinungen reicht dabei von der schon erwähnten Position, daß sich die PDS vorrangig als „Protest-Partei der Schwachen, Ausgegrenzten, im Alltag Leidenden“, als „Partei des Alltags“ etc. verstehen sollte, bis hin zu der Auffassung, daß die PDS „richtiges Bewußtsein“ in die Massen hineintragen müsse, da Alltagsbewußtsein etwas äußerst Einseitiges, Begrenztes oder schlechthin „begrenztes Bewußtsein“ sei. Auf theoretischem Gebiet sind zudem nicht wenige politisch-theoretische Konstrukte anzutreffen, in denen normales, alltägliches menschliches Denken und Fühlen von vornherein kaum beachtet werden. Mit dieser Situation sollten wir uns nicht abfinden. Gerade weil die PDS im zwischenmenschlichen Dialog ein wesentliches Element des politischen Lebens sieht und im Unterschied zu vielen anderen Parteien nicht auf Massenmanipulation und Demagogie setzt, ist es dringend geboten, Lern- und Diskussionsprozesse innerhalb der Partei zu befördern, die zu einem produktiven Umgang mit der Problematik „Alltagsbewußtsein — Alltagspolitik“ befähigen. (...)

III. Rahmenbedingungen für alltägliche Bewußtseinsstrukturen (vor allem) in Ostdeutschland

Zahlreiche Vorgänge und Konflikte des gesellschaftlichen Wandels in Ostdeutschland, die sich in Veränderungen des Alltagsbewußtseins widerspiegeln, lassen sich vom sozialisations-

theoretischen Standpunkt aus beschreiben und interpretieren. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß nahezu alle erwachsenen Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer — zunächst ganz unabhängig von ihrer Biographie und ihren politischen Einstellungen — in den Prozeß einer spezifischen, verkürzt: erzogenen, Sozialisation einbezogen sind.

Dieser Prozeß umfaßt im wesentlichen drei Ebenen:

- „Neupositionierungen“ im Wirtschaftsmechanismus. Hierin sind die radikalen Veränderungen der Tätigkeits- und Berufsfelder (im „Positiven“ wie im „Negativen“) bei der überwiegenden Mehrheit der Erwerbstätigen eingeschlossen. Die Zahl derer, die seit rund fünf Jahren tatsächlich die gleiche Arbeitstätigkeit in einem unveränderten Betriebsumfeld ausübt, ist verschwindend gering.

- „Neustrukturierung der Werthaltungen“. Im Grunde handelt es sich hierbei nicht um ein „Auswechseln“ von Wertorientierungen, sondern eher um den Prozeß des Überprüfens und pragmatischen Erprobens handlungsleitender Werthaltungen unter neuen Bedingungen.

- „Veränderung sozialer Beziehun-

gungsempfinden und Ängste werden mehrheitlich reflektiert.

Bemerkenswert ist, daß eine solche Grundstimmung nicht nur bei sozial Schwachen bzw. bei direkt von sozialen Restriktionen Betroffenen vorliegt, sondern auch Menschen mit nachweislich gutem Lebensstandard erfaßt. (...)

- „Freiräume und Ohnmachtsempfinden“. Ein im heutigen Alltag weit verbreitetes Phänomen ist das Empfinden bzw. das Vorfinden bei vielen Menschen von realen individuellen Freiräumen im Sinne von formal gewachsenen Wahlmöglichkeiten bei der Lebensgestaltung und der Ausprägung des individuellen Lebensstiles. Davon zeugen u. a. die mannigfachen Variationen des Konsums, erweiterte bzw. neue Bildungsangebote, örtliche Mobilitätschancen, juristische Freizügigkeit und mediale Vielfalt ebenso wie Möglichkeiten von Unternehmertum, Vereinsgründungen usw. Ganz ohne Zweifel wird das von vielen Menschen als Bereicherung ihrer individuellen Freiheit sowie als kreativ-produktive und intellektuelle Herausforderung widergespiegelt.

Gleichzeitig aber, und ebenso hundertfach im Alltag bestätigt, existiert real und weit verbreitet ein Ohnmachts-

men der „Entfremdung“ erneut aufzugreifen und ohne auf die Spezifik der dazu in der DDR entstandenen Erfahrungen eingehen zu können, soll hier nur auf Erscheinungen verwiesen werden, die aus aktueller Sicht im mentalen Gepäck der „Normalbürger“ eine Rolle spielen. Ins Gewicht fällt, daß nahezu alle Menschen unter den heutigen Umständen spürbar mit einer Erscheinung konfrontiert werden, die als „verzerrte Wirklichkeit (swahmehmung)“ bezeichnet werden könnte. Jeder ist gezwungen, diese in irgendeiner Weise zu verarbeiten. In komprimierter Art tritt uns diese Erscheinung anhand der Wirklichkeitsdarstellung durch die „Übermacht der Medien“ entgegen. Als „verzerrte Wirklichkeitswahrnehmung“ in den verschiedensten Lebensbereichen können u. a. genannt werden: — Das Gespür nimmt zu, daß die Menschheit global gefährdet ist, soziale Konflikte sich weltweit zuspitzen, Naturkatastrophen drohen, diese Probleme aber nicht mehr bewältigt werden können. Ängste entstehen, so daß man sich gar nicht getraut, weiter darüber nachzudenken, wie das alles einmal werden kann“.

Im Resultat dessen werden Verdrängungs- und Abwehrmechanismen gefördert.

— Bestimmte, in dieser Gesellschaft ständig propagierte Werte wie Erfolg, Reichtum, Schönheit, Image und Leistungsfähigkeit führen zu einem „Leben an der Oberfläche“. Um den „gängigen Wertmaßstäben“ zu entsprechen werden menschliche Konflikte vor dem anderen möglichst verborgen und Gefühlsäußerungen unterdrückt, wird versucht, belastende Probleme und die ständige „Angst vor dem Versagen“ zu verdrängen.

— Das ungeheuer große und strik-

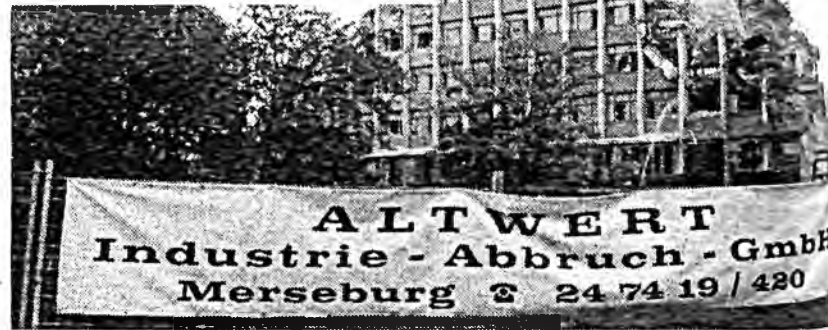


Fotos oben, rechts, nächste Seite: af/mz

gen“. In diesem Zusammenhang vollziehen sich recht komplizierte Vorgänge der Art, daß zum einen zahlreiche Sozialkontakte abgebrochen werden (Arbeits-, Kollektiv-, Freundschaftsbeziehungen etc.) und Isolationsprobleme auftreten. Zum anderen entwickeln sich spontan oder gezielt bestimmte Sozialkontakte, und es entstehen neue Beziehungen (festere Familienbindungen, „Karriere-Freundschaften“, Geschäftsbeziehungen, etc.). (...)

Das Wirken der hier skizzierten Faktoren hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß sich bestimmte mentale Grundgegebenheiten und -erfahrungen bei ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern ausgeprägt haben, die — bewußt oder unbewußt — im Handeln und Verhalten der meisten anzutreffen sind und die wichtige Entscheidungen ihrer Träger beeinflussen. Zu solchen, durch weitere Diskussion präziser zu bestimmenden mentalen Grundgegebenheiten und -erfahrungen zählen:

- „Unsicherheitserleben — Sicherheitsstreben“. Versucht man aus den zahlreichen konfliktgeladenen Situationen des Alltags, aber auch bei der Betrachtung positiver Aspekte ein wahrhaft allgegenwärtiges, übergreifendes „Gefühl“ zu rekonstruieren, so läßt sich dieses wohl am genauesten als „Unsicherheit“, „Ent-Sicherung“ charakterisieren. Beachtliche Besorgnis, Bedro-



empfinden, bei dem sich der „Durchschnittsbürger“ im Verhältnis zwischen „Oben und Unten“ eher auf der „Verlierer-Seite“, also „bei denen, die doch nichts zu sagen haben“, einordnet. Eine solche Sichtweise resultiert aus der Alltagserfahrung, daß die angestrebte Wahrnehmung politischer und sozialer Freiräume oft mit derart großen Anstrengungen, Kompifikationen und hohen „Kosten“ verbunden ist, denen sich der einzelne nicht gewachsen fühlt. Oft kommt er deshalb zu dem Schluß, daß sich ein solcher persönlicher Einsatz und Aufwand nicht lohne, da selbst bei extrem starkem individuellen Bemühen (z.B. bei der Arbeitssuche) ein Erfolg nicht sicher ist, aussichtslos erscheint. (...)

- „Leben in verzerrten Wirklichkeiten“. Ohne das mit diesem Aspekt verbundene und in der marxistischen Literatur ausführlich besprochene Phäno-

marktwirtschaftlich betriebene Angebot an Trivialekultur wird ständig erweitert und findet die entsprechende hohe Anzahl von Konsumenten.

— Die „künstliche Wirklichkeit der Medien“, insbesondere der elektronischen Medien, drängt ein bestimmtes Leistungs- und Konsumverhalten auf. Scheinkonflikte werden ausgetragen und ein „Überangebot von Problemfällen“ ausgebreitet. All dies behindert auf verschiedenste Weise die Ausprägung eines wirklichen Problembewußtseins.

— Die Menschen sind mit einer „politischen Wirklichkeit“ konfrontiert, in der Wort und Tat, Versprechungen und Realität fast erwartungsgemäß auseinanderklaffen und in der moralische Fehlleistungen und „funktionalen Lügen“ höchster Repräsentanten alltäglich geworden sind. (...)

V. Politikangebote und Alltagsbewußtsein

Die im weiteren insbesondere auf die Politik der PDS bezogenen Betrachtungen schließen mehrere in vieler Hinsicht offene und auch provokativ anmutende Fragen ein:

● Wird mit der (Selbst-)Bezeichnung „Partei für den Alltag“ nicht ein Versprechen gegeben, das angesichts des realen Kräftepotentials der PDS in Wirklichkeit kaum einzuhalten ist? Handelt es sich bei diesem Etikett um ein strategisches Bekenntnis oder lediglich um die Abgrenzung von den „etablierten Parteien“ im Wahlkampf?

● Was wissen wir einigermaßen gesichert über den wirklichen Alltag der vielen „Durchschnittsbürgerinnen und -bürger“, zu denen nicht nur Arbeitslose, „abgewinkelte“ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Alleinerziehende und organisierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sondern auch Tankstellenbesitzer, wohlhabende Rentner, gutverdienende Facharbeiter und „freiwillige“ Hausfrauen gehören?

● Wird ein verinnerlichtes „Kosten-Nutzen-Risiko-Denken“ beim „Normalbürger“ akzeptiert, dann fragt sich, welche Motive führen den einzelnen dazu, mit der PDS in Beziehung zu treten? (...) Was also hat die PDS im Alltag für den „Durchschnittsbürger“ ... „zu bieten“?

(...) Auf den ersten Blick mutet die „Angebots“-Bilanz der PDS im sozialen Geflecht des Alltags nicht eben ermutigend an. Sich mit dieser Partei einzulassen, bedeutet zunächst — so sind die Realitäten — die Übernahme sozialer Risiken. Das vorzeigbare Kräftepotential der PDS verspricht — dem Anschein nach — keine überragenden Nutzeffekte. Die Bedeutsamkeit von „Idealen und Utopien“ fällt gleichfalls nicht sehr stark ins Gewicht, denn so anziehend und „wertvoll“ Gesellschaftsvisionen sein mögen, die Wahrscheinlichkeit ihres baldigen Eintreffens (siehe „Wert-Erwartungs-Theorie“) bleibt niedrig, so daß auch dieser Zusammenhang im Alltag kaum handlungsmotivierend wirkt.

Allerdings: Eine solche Sichtweise ist unzureichend. Mit Blick auf die Realien des Alltagsbewußtseins lassen sich doch ganz bedeutsame Aktivposten der PDS markieren, deren genauere Analyse, Ausformung und „Handhabung“ unbedingt angegangen werden muß. Sehr verkürzt dargestellt wären dies u.a.:

● Äquivalent „Angstreduzierung“: Die entschiedene Artikulation der PDS als Opposition, als Kraft gegen Sozialabbau, gegen Frauenfeindlichkeit, gegen Militarismus und für konsequente Demokratisierung, für soziale Sicherheit und Toleranz in der Gesellschaft etc. kann durchaus zu einer weit verbreiteten Grundstimmung beitragen, daß durch ihr verstärktes Wirken jetzt und in der Zukunft „Schlimmes eingeschränkt und Schlimmeres verhütet werden kann“.

● Äquivalent „Interessenwahrnehmung — mikrosoziale Sicherheit“: Auf diesem Feld verfügt die PDS bereits über ein bekanntes Profil. So widersprüchlich und begrenzt sich diese Interessenwahrnehmung auch vollziehen mag, wichtig für den einzelnen ist die Gewißheit, daß er mit Zuwendung und Unterstützung rechnen kann, wenn er sich mit seinen Alltagsnöten an die „Leute von der PDS“ wendet. (...)

VI. Strategische Aufgaben der PDS und Alltagsbewußtsein

Auf vier Aspekte soll dazu abschließend eingegangen werden:

Erstens: Wenn das Alltagsbewußtsein durch sehr widersprüchliche Züge charakterisiert ist, so fragt sich, inwieweit und über welche Ausprägungen diese Bewußtseinsform überhaupt gesellschaftsverändernd wirken kann? Tendieren gegenwärtige Wandlungen im Alltagsbewußtsein dahin, daß sich mehr Menschen demokratischen gesellschaftlichen Bewegungen anschließen, die systemverändernde Ziele anstreben, oder ist das nicht der Fall? (...) Zahlreiche Erkenntnisse aktueller empirischer Forschung zeigen, daß im Alltagsbewußtsein vieler Menschen durchaus ein solcher Grundgedanke — wenn auch vereinfacht und „verschwommen“ — vorhanden ist und reproduziert wird wie: „Die gegenwärtigen Verhältnisse können so nicht bleiben; die kapitalistische Marktwirtschaft ist nicht das letzte Wort der Geschichte!“ (...)

Zweitens: Ansprechpartner für die PDS sind alle Menschen, die eingreifende demokratische Veränderungen in dieser Gesellschaft wollen. Das betrifft jene, denen es schlecht geht, die stark benachteiligt und ausgegrenzt werden und die auf eine schnelle Überwindung dieser Situation drängen. Das betrifft aber auch viele, die in dieser Gesellschaft engagiert, integriert und sozial abgesichert sind und dennoch aus humanistischer Gesinnung, aus Einsicht und Erkenntnis für Veränderungen eintreten. Die PDS muß deshalb, um politikfähig zu sein, konkrete Alternativen zur Veränderung der gesellschaftlichen Zustände hier und heute entwickeln, ungeachtet dessen, daß die Vision der Parteimitglieder von einer gerechten, ausbeutungsfreien Gesellschaft weiter gefaßt ist und über die gegenwärtigen Verhältnisse hinausreicht. Sie darf nicht nur einen Kampf gegen Unzuläng-



lichkeiten und Mißstände führen, sondern muß „alternative Politikangebote“ unterbreiten und konstruktive, realisierungsfähige Konzepte vorlegen. Das gelingt nur, wenn in der Politik der Partei das Alltagsbewußtsein in seiner Differenziertheit und Veränderlichkeit genau berücksichtigt wird.

Drittens: Für die politische Arbeit der PDS ist die Verbindung von Gesellschaftsanalyse und Programmatik einerseits und Alltagsbewußtsein der Menschen andererseits eine wichtige und komplizierte Aufgabe. Insofern hat die Partei auch eine „aufklärerische“ Funktion zu erfüllen. Es wäre jedoch verhängnisvoll, eine solche „aufklärerische“ Aufgabe im Sinne einer „missionarischen Verkündigung ewiger Wahrheiten“ aufzufassen und zu betreiben.

Der einst von den kommunistischen Parteien praktizierte Missionarismus ging davon aus, daß die Politik der Par-

tei auf theoretisch fundierten Erkenntnissen von den Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung beruht, die die Partei demgemäß handelt und den „richtigen Weg weist“, auch wenn die Massen dies noch nicht begriffen haben. Der Missionarismus äußerte sich in der Mißachtung des Alltagsbewußtseins der Menschen, in der fortwährend verkündeten und praktizierten erzieherischen Funktion der führenden Partei gegenüber den Massen, in einer — bewußtseinsmäßig — arroganten, über den Massen stehenden Vorhutrolle, in Rechthaberei, Disziplinierung und Anspruch auf ein Wahrheitsmonopol nicht nur gegenüber Andersdenkenden, sondern auch gegenüber kritischen Geistern in den eigenen Reihen. Alltagsbewußtsein wurde nicht als Ausdruck einer konkreten Interessen- und Erfahrungslage der Menschen begriffen und respektiert, sondern höchstens als Gradmesser von Erfolg oder Mißerfolg missionarischer Agitation und ideologischer Erziehung.

Keinesfalls darf jedoch die Absage der PDS an derartige Praktiken zu der anderen extremen Position führen, daß aufklärerische Vermittlung von Erkenntnissen, Einsichten, Zielvorstellungen überflüssig oder gar anstößig wäre. Die PDS braucht möglichst genaue Kenntnisse über das Alltagsbewußtsein in einer konkreten gesellschaftlichen Situation, muß es in Rechnung stellen, von ihm ausgehen. (...) Längerfristige politische Vorstellungen und Konzeptionen lassen sich ohne Aneignung verschiedener gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse und theoretischer Ansätze nicht entwickeln. „Aufklärung“ sollte in diesem Sinne als Streben nach sozialem Dialog, als wechselseitiges Lernen, als tolerant geführte Diskussion verstanden werden.

Viertens folgt aus den bisherigen Überlegungen, daß es für die PDS sehr bedeutsam ist, in welcher Weise sie im Alltag wahrgenommen wird und welches Bild sich der „Normalbürger“ von ihr macht. (...)

Literaturübersicht:

Beck, U.: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Ffm 1986.
Bentle, G.: *Objektivität und Glaubwürdigkeit von Medien. Zum Verhältnis von Realität und Medienrealität*. Wiesb. 1993.
Bergmann, W.: *Lebenswelt, Lebenswelt des Alltags oder Alltagswelt*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 33/1981.

Elias, N.: *Zum Begriff des Alltags*. In: Hammerich, K.: *Der wissenschaftstheoretische Realismus und die Autorität der Wissenschaften*. Braunschweig 1978.

Habermas, J.: *Zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/M. 1981.

Heller, A.: *Das Alltagsleben. Versuch einer Erklärung der individuellen Reproduktion*. Frankfurt/M. 1978.

Homans, G.C.: *Grundfragen soziologischer Theorie*. Opladen 1972.

Isda-Studie: *Im Blick: Wahlen '94*. Studie Nr. 11, Berlin 1993.

Kosik, K.: *Die Dialektik des Konkreten*. Frankfurt/M. 1967.

Lefebvre, H.: *Das Alltagsleben in der modernen Welt*. Frankfurt/M. 1972.

Mead, G.: *Gesammelte Aufsätze, Bd. 1 und 2*. Frankfurt/M. 1980, 1983.

Müller, G.: *Alltag und Identität*. Ffm 1985.

Müller, E.: *Die Psychologie des politischen Protestes und Widerstandes*. In: Gurr, T.: *Handbuch des politischen Konfliktes* (engl.) New York 1980.

Programm der PDS. In: *Disput*, 3/4, 1993.

Schulze, G.: *Die Erlebnisgesellschaft*. Frankfurt/New York 1992.

Starke, K.: *Lebensbedingungen und Lebenswerte ostdeutscher Jugendlicher im Umbruch*. In: *Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa*.

Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages. Frankfurt/M. 1993.

NEUERSCHEINUNGEN

Rundbrief Nr. 1/94 der ARGE bei der PDS-Thüringen. *Aus dem Inhalt:* Berichte und Ergebnisse der Linken Winterschule 1994:

- Auseinandersetzung mit Kant
- Der Europagedanke in seiner historischen Entwicklung
- Berichte und Referate aus dem Wirtschaftskurs

Alltagsbewußtsein und Politik (vollständige Fassung)

Zu beziehen bei: GNN-Verlag Hamburg, Palmallee 24, 22767 Hamburg. Preis je Heft: 5,- plus Porto, ein Jahresabo (4 Ausgaben): 20 DM.

Insiderkomitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS: IK-KORR speziell

Inhalt: Grundsatzdokumente, Pressereaktionen, Das Insiderkomitee und der Verfassungsschutz.

48 Seiten DIN-A-5, broschiert. Erschienen im März 1994. Zu beziehen bei: GNN-Verlag Berlin und Sachsen. Preis: 5 DM plus Versandkosten.

Ergebnisse und Materialien der 14. o. Delegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) Nr. 1/94

Preis 4,50 DM plus Versandkosten. Zu beziehen bei: GNN-Verlag Köln.

VORANKÜNDIGUNG

Teure Wahrheit Özgür Gündem 1993

Die bittere Geschichte einer Zeitung, die an Demokratie, Pressefreiheit und Menschenrechte glaubt. Von Serdar Çelik.

Das Buch, geschrieben von einem Mitarbeiter von Özgür Gündem und herausgegeben von Ülke Press und dem Kurdistan Human Rights Project, erscheint Ende Mai / Anfang Juni. Auf ca. 200 Seiten wird die Verfolgung der Zeitung Özgür Gündem und der Widerstand gegen diese Verfolgung beschrieben. Mit einem Vorwort des türkischen Dozenten Dr. Haluk Gerger. Preis: 16 DM plus Versandkosten, Buch- und Infoläden erhalten 30 % Rabatt. Vorbestellungen bei: GNN-Verlag Köln.

TERMINE

6.5. Tagung der GNN-Verlage in Köln

7.5. AG Politische Berichte tagt in Köln

12.5. 18. Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO). Thema: „Unterm Geier. Die BRD auf dem Weg zur Weltmacht?“, bis 13.5., Schlachthausstr. 1, Karlsruhe.

14.5. Konferenz der Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft in der PDS, bis 15. Mai, in Hamburg, Bürgerhaus Wilhelmsburg.

4.6. Koordinationsausschuß Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie, ab 13 Uhr, Haus der Jugend, Deutschhermufer 12, Frankfurt/Main. Arbeitstagung öffentlicher Dienst, 8.30 Uhr bis ca. 16 Uhr, gleicher Ort.

5.6. Redaktion von *Kritik und Widerstand* trifft sich von 10 bis 13 Uhr, ebenfalls in Ffm, Haus der Jugend.

12.6. Wahlen zum Europäischen Parlament. Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Die dunklen Seiten der Aufklärung

Teil II: Lessing und Lichtenberg — gestern und heute

Was macht einen theoretischen Gedanken besonders? Was machte etwa Immanuel Kant (1724-1804) zum Vater der Aufklärung — und nicht Forster, der viel mehr praktischer Aufklärer war als Kant (vgl. PB 5/94)? Kant hatte mit seinem Aufsatz „Zur Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ doch nur in eine schon bestehende Diskussion eingegriffen, die seinerzeit vom Pfarrer Johann Friedrich Zöllner aufgeworfen und von Moses Mendelssohn angeführt wurde.¹ Kants Antwort: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ ist bis heute die unangefochtene Definition. Nur selten hinterfragt die akademische Philosophie, ob denn die Unmündigkeit durch die sozial-ökonomischen Verhältnisse wirklich so selbstverschuldet und von daher so leicht ausgangbar ist. Nicht überlesen werden darf, daß Kant mit seiner Definition das bestehende System kaum infrage stellt: Zur „Aufklärung“ aber wird nichts weiter erfordert als Freiheit, und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen.² Dieses ist nicht nur eine eindeutige Absage an die schädlichste Freiheit für das Bürgertum: die Praxis der Befreiung der unterdrückten Klasse. Mehr noch: Kant diktiert dem Bürgertum seine Freiheit, indem er das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatsphäre genau umdreht. Privat nennt Kant nämlich den „bürgerlichen Posten“, was wir die öffentlich-soziale Stellung des Menschen nennen würden. Öffentlich aber nennt Kant das, was der arbeitende Mensch nach seiner Arbeit privat denkt. Klartext spricht das Beispiel, das Kant seinem Leser gibt: der Offizier hat als Offizier zu gehorchen; öffentlich denken darf er nach dem Dienst. Doch was ist, wenn der gehorsame Dienst ihn und anderen den Tod kostet wird — etwa im Krieg? Überträgt man Kants Beispiel auf die Gegenwart, so spiegelt es die kapitalistische Arbeitsdisziplin wider, die im Sprichwort „Du wirst nicht fürs Denken bezahlt“ offenbar wird: Der Gebrauch des eigenen Verstandes wird zur Freizeitveranstaltung.

Wirksam wird Kants Aufklärungsbegriff maßgeblich in den kulturindustriellen Medien der Öffentlichkeit: Man stöbert im Privatleben der Stars; in den Talkshows läßt man „Fachleute“ ihre Privatansichten verbreiten, nicht ihre fachliche Kompetenz, ergötzt sich an ihrer Hitzköpfigkeit und nicht am Argument.³ Am krassesten zeigt sich dieses bei sogenannten „Call-in“-Sendungen im Radio oder Fernsehen: Hier darf jeder telefonisch entweder einen Studiogast befragen (oder beschimpfen) oder frei heraus von seinen Problemen erzählen. Solidarität unter den Menschen, die öffentliche Empörung bis zum sozialen Kampf werden dadurch privatisiert und auf das Einzelschicksal reduziert. Das Recht, daß jeder scheinbar öffentlich seine Meinung sagen darf, spiegelt die absolute Unmündigkeit der Menschen wider.

Daß Kant die bürgerliche Gesellschaft nicht nur gegen die alte Feudalherrschaft verteidigt, sondern auch gegenüber der neuen proletarischen Klasse legitimiert, mag ein Grund sein, warum er noch heute die Philosophie domi-

niert. Nicht vergessen darf man darüber, daß Kant schon zu Lebzeiten seine Kritiker hatte, wobei hier besonders zwei zu nennen sind: Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799) und Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781). Sie stehen für die zwei Seiten, an denen die Philosophie — besonders die Kantische — sich zu messen hatte: Lichtenberg als Mathematiker, Astronom und Physiker für die Naturwissenschaft, Lessing als Dramatiker und Literat für die Literaturwissenschaft.

Kant hatte seinerzeit in Königsberg die Philosophie beständig gegen den Vorwurf zu verteidigen, entweder bloße Literatur zu sein oder aber falsch verstandene Naturwissenschaft, was 1798 im Streit der Fakultäten (der theologischen, juristischen und medizinischen) mündet. Während sich die Philosophie im Zuge dieses Streits zunehmend von sozialen Problemen abhebt und im — wie es heute heißt — „Elfenbeinturm“ verschwindet, wird gerade durch Lessing und Lichtenberg eine ganz andere Form der Schriftstellerei begründet.

Ab 1764 schreibt Lichtenberg seine Sudelbücher: bissige Satiren über Zeit und Zeitgenossen. Weitere Satiren folgen im Göttingischen Magazin der Wissenschaften und Litteratur, das er 1780-85 mit Georg Forster herausgibt. Gleichzeitig publiziert Lichtenberg ab 1777 den Göttinger Taschen Kalender; hier erscheint die Streitschrift Über Physiognomie als Reaktion auf Johann Caspar Lavaters Physiognomische Fragmente zur Beförderung der Menschenkenntnis und Menschenliebe, einer Grundlegung rassistischer und biologistischer Theorie.

Lichtenberg polemisierte mit seiner Physiognomie, aus der Form von Haarzöpfen und Tierschwänzen Aussagen über den Charakter treffen zu können. Lavaters Schrift war für Lichtenberg auch Anlaß, die Wissenschaftsgläubigkeit der Aufklärung zu kritisieren: gegen eine klassifizierende Wissenschaft, die mehr und mehr zur Beobachtung und Kontrolle der Menschen eingesetzt werden soll. In den, von dem Philosophen Jeremy Bentham (1748-1832) entworfenen, sternförmigen Gefängnissen ist dies heute noch sichtbar und wird besonders in der Architektur von Fabriken, Büros und Einkaufszentren immer wieder eingesetzt, um Menschen kontrollieren zu können.

Wie die Wissenschaft architektonisch und stadtplanerisch zur Kontrolle eingesetzt wird, beobachtete Lichtenberg bei seiner Reise nach London. Zu Fuß — und nicht wie üblich mit der Kutsche — erkundete er die Armenviertel, nimmt Anteil am Leben der Armen und erfährt so den Widerspruch zwischen Reichtum und Armut als Ausdruck der massiven ökonomischen Dynamik, die sich in der Stadt kristallisiert. Von London redet Lichtenberg als „Hauptstadt der Welt“, ebenso wie Walter Benjamin 200 Jahre

später Paris als „Hauptstadt des 19. Jahrhunderts“ bezeichnet. Benjamin gleich, sieht auch Lichtenberg in der Stadt einen Knotenpunkt der Entmenslichung durch den kapitalistischen Warenverkehr, gleichzeitig aber auch als einen Ort, an dem die Menschen Solidarität und Lebendigkeit üben. Lichtenberg findet hier bestätigt, daß Aufklärung Vernunft und Empfindsamkeit vermitteln muß.

Während Kants Schreibstil äußerst sperrig und fast schon technokratisch ist, legten Lichtenberg und Lessing auf eine assoziationsreiche Sprache Wert. „Einer zeugt den Gedanken, der andere hebt ihn aus der Taufe, der Dritte zeugt Kinder mit ihm, der Vierte besucht ihn am Sterbebette, und der Fünfte begräbt ihn,“ schreibt Lichtenberg über seine Denkbilder, übrigens wieder sehr ähnlich zur Theorie des „dialektischen Bildes“ bei Benjamin. Auch Lessing benutzt — so Dietrich Harth — Metaphern als „Spielsteine in einem Gedankenspiel“; er appelliert an den Intellektuellen, „sein inneres Auge mit der Brille der Kritik zu schärfen“.

Lessing versteht Kritik dabei nicht einfach als Kraft der Vernunftkenntnis, das Erkante ständig zu überprüfen, sondern auch als politische Kritik, als Mittel gegen die Unterdrückung. Lessings Medium ist ganz und gar die Öffentlichkeit der Kunst und ihre Möglichkeiten der Kritik. So verwirft er, daß nach Rousseau die Künste „unsre schimpflichen Ketten mit Blumenkränzen umwinden“. Dagegen stellt Lessing die Verantwortung des Künstlers: „Die Künste sind das, zu was wir sie machen wollen. Es liegt nur an uns, wenn sie uns schädlich sind.“

Ähnlich wie Lichtenberg möchte Lessing auch eine Verbindung von Empfindung und Vernunft, eine Vernetzung von Geschmack und kritischer Urteilskraft. Damit legte Lessing schon den Grundstein materialistischer Kunsttheorie; es war Marx, der Lessings Rousseaukritik hinzusetzte: „Die Kritik hat die imaginären Blumen an der Kette zerpfückt, nicht damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe.“⁴

Und schließlich hat Brecht aus Lessings bürgerlichem Leitsatz das Gebot einer humanistischen Kunst formuliert: „In Wirklichkeit ist die kritische Haltung die einzig produktive, menschenwürdige. Sie bedeutet Mitarbeit, Weitergehen, Leben. Wahrer Kunstgenuss ohne kritische Haltung ist unmöglich ... Ohne die Fähigkeit des kritischen Genießens kann die proletarische Klasse überhaupt nicht das Erbe der bürgerlichen Kultur antreten.“⁵

Dieses Erbe verlangt über die theoretische Aneignung hinaus vor allem die praktische Verwirklichung des zu Erbenden. Wenn Brecht von Weitergehen und Mitarbeit spricht, dann meint er nicht die Nachlassverwaltung, die das Bürgertum mit seiner eigenen Philosophie betreibt, sondern Aufhebung der Philosophie durch ihre Widersprüche hindurch in der Praxis.

Für den Aufklärungsbegriff heißt das eben nicht, ihn bloß moraltheoretisch in ein allgemeines Sittengesetz, dem sogenannten „kategorischen Imperativ“ zu verlängern: „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzge-



„Der ideale Wetterschutz“. Zeichnung Lichtenbergs zur Blitzableitung. g. Er empfahl, ... die Häuser unter Käfige zu setzen, mit einer Spitze. Ein solcher Pavillon in einem Garten z. E. müßte herrlich aussehen ... Das Eisen könnte allerlei Verzierungen enthalten, z. E. einen Jupiter, dem ein Professor der Physik den Blitz auspisset.“ (aus: Schriften und Briefe IV, 1967, S. 726).

bung gelten könne.“⁶ Dieses Sittengesetz zeigt seinen praktischen Widerspruch, wie Ernst Bloch darstellte: „wenn man überlegt, daß ein Proletariat zur Maxime seines Handelns nicht haben kann, was gleichzeitig das Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung, also auch eine die Kapitalisten umfassende Moralität sein könnte ... Erst eine klassenlose Gesellschaft realisiert die Grundlagen für das in Kants Ethik und auch schon in früheren Ethiken abgewandelt Gemeinte. Was die sozialistische Revolution durch die Aufhebung des Privateigentums realisieren will, samt Veränderung der Ideologie, beschimpft nicht die Moral, sondern erfüllt sie, führt sie objektiv durch.“⁷

Ob mit Kant, Lessing oder Lichtenberg: die Theorie der Aufklärung muß durch praktische Vernunft verändert werden, beziehungsweise muß die Vernunft in der Gesellschaft praktisch werden und diese verändern. Solange der Kantische kategorische Imperativ noch konkrete Utopie ist, gilt der Marxsche „kategorische Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“⁸ (rob)

Teil I: „Zur Aktualität Georg Forsters“. Politische Berichte Nr. 5/94.

- (1) vgl. das Sammelbändchen von Ehard Bahr (Hg.), Was ist Aufklärung? Thesen und Definitionen. Stuttgart 1989, Reclam
- (2) Kant, Zur Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: ebd., S. 11
- (3) „Fachkompetenz“ darf nur vertreten werden, wenn sie mit privater Hitzköpfigkeit kommensurabel ist, um Einschaltquoten zu sichern.
- (4) Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, MEW I, S. 379
- (5) Bertolt Brecht, Über Politik und Kunst, Frankfurt/M. 1972, S. 99
- (6) Kant, Kritik der praktischen Vernunft, A 54
- (7) Arno Münster (Hg.), Tagträume vom aufrechten Gang. Sechs Interviews mit Ernst Bloch, Ffm 1978, S. 152
- (8) Marx, a. a. O., S. 385

Aktueller Lesehinweis:

Dietrich Harth: Gotthold Ephraim Lessing. Oder die Paradoxien der Selbsterkenntnis; sowie: Gert Sautermeister: Georg Christoph Lichtenberg, beide Beck-Verlag: München 1993. Nichtgekennzeichnete Zitate sind diesen Büchern entnommen.